

EM+PA^[III]

EMPOWERMENT UND PARTIZIPATIONSFÖRDERUNG
FÜR DRITTSTAATENANGEHÖRIGE IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN
KOOPERATION AUF AUGENHÖHE



Kooperation auf Augenhöhe

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Zugewanderten

Abschlussdokumentation

Impressum

Das Projekt „Empowerment und Partizipationsförderung für Drittstaatenangehörige aus den neuen Bundesländern“ wurde gefördert aus Mittel des Europäischen Integrationsfonds und der Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt.



Brandenburgische
Landeszentrale
für politische Bildung



SACHSEN-ANHALT
Ministerium für
Gesundheit und Soziales

Kooperation mit:



Der Sächsische Ausländerbeauftragte



Ministerium
für Soziales, Familie
und Gesundheit

Herausgeber:

RAA Brandenburg
Demokratie und Integration Brandenburg e.V.



Benzstraße 11/12, 14482 Potsdam
info@raa-brandenburg.de
www.raa-brandenburg.de
www.projekt-empa.de

Redaktion

Ruth Blau

Gestaltung und Satz

VorSprung Design & Kommunikation, www.werbe-vorsprung.de

Kooperation auf Augenhöhe

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Zugewanderten

Abschlussdokumentation des Projekts EmPa II – Empowerment und Partizipation
für Drittstaatenangehörige in den neuen Bundesländern



Inhalt

Vorwort	2
<i>Alfred Roos, Geschäftsführer, RAA Brandenburg</i>	
Integration und bürgerschaftliches Engagement. Ein Einblick in Geschichte und Theorie	4
<i>Prof. em. Dr. rer. soc. Dietrich Thränhardt</i>	
Rückblick auf das Projekt EmPa II	16
<i>Dina Ulrich, Projektleiterin</i> <i>Ruth Blau, Redaktion</i>	
Zu der Gründungsidee eines Dachverbandes der Migrantenorganisationen der neuen Bundesländer	22
<i>Dr. Nicolas Klein, Vorstandsvorsitzender des Migrantenrates der Landeshauptstadt Magdeburg e.V.</i> <i>Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Sozial-Kulturellen Vereinigung „Meridian“ e.V.</i> <i>(Sachsen-Anhalt), EmPa-Teilnehmer 2012-2013</i>	
Bedeutung der Vernetzung der Migrantenorganisationen in Ostdeutschland Ein Vortrag von der Fachtagung „Ein Dachverband für Migrantorganisationen in Ostdeutschland? Erfahrungen und Engagement bündeln und nutzbar machen“ (Magdeburg, April 2014)	25
<i>Dr. Karamba Diaby, Mitglied des Deutschen Bundestages,</i> <i>Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe</i>	
Ein Dachverband für Migrantorganisationen in Ostdeutschland? Ein Vortrag von der Fachtagung „(Politische) Teilhabe von Migrant/innen zwischen Integrationskonzepten und Realität“ (Potsdam, Mai 2015)	28
<i>Mika Kaiyama, Landesnetzwerk Migrantorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.</i>	
Fotodokumentation der Abschlusstagung (Potsdam, Mai 2015)	38
Evaluationsbericht EmPa II	56
<i>Ruth Blau, Redaktion</i>	

Vorwort

Alfred Roos

Geschäftsführer, RAA Brandenburg



Mit dieser digitalen Broschüre legen wir Ihnen Erfahrungen, Ergebnisse, Positionen und Anregungen unseres Projektes „Empowerment und Partizipationsförderung für Drittstaatenangehörige in den neuen Bundesländern“ (EmPa II) vor.

Im Zeitraum von 2012 bis 2015 führten die RAA Brandenburg Qualifizierungsreihen für engagierte Menschen mit Zuwanderungshintergrund in Ostdeutschland durch. Teilgenommen haben Vertreterinnen und Vertreter aus Migrantenorganisationen, aktive Mitglieder aus verschiedenen Religionsgemeinschaften, die durch Zugewanderte geprägt sind, und junge Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Zuwandererfamilien.

Das gemeinsam mit der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg 2008 schon entwickelte und zwischen 2009 und 2011 in einem ersten Durchgang durchgeführte Projekt EmPa I, wurde ermöglicht durch die Förderung des Europäischen Integrationsfonds, des Landes Brandenburg und die Unterstützung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Besonders wichtig für das Gelingen war nicht zuletzt aber die Unterstützung der Integrationsbeauftragten der beteiligten Bundesländer. Fokussiert wurde im Rahmen EmPa II besonders die Frage, wie es migrantisch geprägten Organisationen gelingt, auf der berühmten „gleichen Augenhöhe“ zu agieren.

Zentrales Ziel des Projektes war es, zu einer Stärkung der regionalen Strukturen zur gesellschaftlichen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in Ostdeutschland beizutragen. Gerade in den östlichen Bundesländern erscheint uns – wie den qualifizierten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren – das Kennenlernen von Akteurinnen und Akteuren und Strukturen in den Nachbarlän-

dern von hoher Bedeutung, da aus den Vergleichen Schlüsse für die eigene Organisationsentwicklung und die eigenen Handlungsstrategien gezogen werden können. Die neben der Qualifizierung angestrebte Vernetzung der Akteurinnen und Akteure zwischen den Bundesländern bestätigt sich in der aus dem Teilnehmer/innenkreis angeschobenen und im Rahmen des Projekts unterstützten Debatte um die Gründung eines Dachverbandes von Migrantenorganisationen in den östlichen Flächenländern. Für die RAA Brandenburg als „mehrheitsgesellschaftlich“ geprägten Akteur war es eine bewusste Entscheidung, einerseits diesen Anstoß zu unterstützen, aber andererseits die Steuerung der Entwicklung in den Händen der Migrantenorganisationen selbst zu lassen. In der Entwicklung zeigt(e) sich gleichzeitig, dass die Ressourcen der Migrantenorganisationen und deren Landesverbände in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich hoch sind. Gleichwohl besteht die Hoffnung, dass der Dachverband Stimme für die ostdeutschen Eingewanderten und für die ostdeutsche Integrationspolitik werden kann, die sich nach wie vor aufgrund der Form der Zuwanderung und der Herkunftsländer der Eingewanderten von der westdeutschen Situation prägnant unterscheidet.

Der vergleichende Blick auf beide Projekte 2009–2011 (EmPa I) und 2012–2015 (EmPa II) erlaubt einige Beobachtungen, die hier kurz angesprochen werden sollen.

- 1) Die Beteiligung der Teilnehmer/innen an der Bestimmung der inhaltlichen Schwerpunkte und die entsprechende Flexibilität der Qualifizierungsreihen erscheint uns ein wichtiger Faktor für die Qualität der Fortbildungen.



2) Beim ersten Projekt sahen wir uns durchaus genötigt, auf die Bedeutung von Migrantenorganisationen für eine gelingende Integration immer wieder hinzuweisen. Migrantenorganisationen (und man wird hier auch durch Zugewanderte geprägte Religionsgemeinschaften mit nennen dürfen) gelten einerseits als integrationsfördernd, als Integrationsbrücken, die dem und der Einzelnen u.a. einen Rückhalt für den schwierigen Integrationsweg eröffnen können, andererseits gelten sie als Integrationsfallen, die zwar einen angenehmen Schutzraum für Zugewanderte bieten, aber sie deshalb eben auch von dem notwendigen Weg der Integration abbringen: „Durch ethnische Koloniebildung (wird) durchaus das Selbst gestärkt, dieses aber unter der Gefahr einer kulturellen und sozialen Abschottung einerseits und der Ausgliederung aus den strukturellen Aufstiegsmöglichkeiten, für die die ethnische Kolonie die erforderlichen formalen und ‚peripheren‘ Qualifikationserfordernisse nicht bereitstellen kann“ (Esser). Das Eintauchen in die ‚ethnische Kolonie‘ gilt als Mobilitätsfalle und damit ist sie integrationsgefährdend. Diesem Entweder-Oder setzt die neuere Integrationsforschung eine komplexere Sichtweise entgegen: „Erstens sind Migrantenorganisationen nur ganz selten auf nur eine Zielsetzung und Funktion begrenzt tätig. Sie haben fast immer multi-dimensionelle Aufgaben und verändern sich im Zeitverlauf. Zweitens besteht eine Wechselwirkung zwischen Migrantenorganisationen und ihrer Umwelt, derzufolge das Verhalten von Migrantenorganisationen sehr stark davon abhängt, wie sie von ihrem gesellschaftlichen Umfeld wahrgenommen und behandelt werden. Drittens (...) ist zu berücksichtigen (...), dass Migrantenorganisationen – auch wenn dies häufig von den Organisationen selbst noch von ihrer Umwelt direkt wahrgenommen wird – sehr oft einen Grenzen überspannenden Bezug haben“ (Pries).

Aus meiner Sicht – und besonders im Blick auf die Situation in den ostdeutschen Flächenländern – ist eine Beachtung der Mehrdimensionalität der Organisationen, sowohl der Selbstorganisationen als auch der religiösen Organisationen ein Schlüssel, Erfolge, aber auch Misserfolge im Blick auf „Grenz-

überschreitung“ oder „Schließung“ in den Integrationsprozessen zu erkennen und zu beschreiben.

3) Eine nicht ganz unwesentliche und hervorzuhebende Entwicklung können wir aber für die Zeit 2009 bis 2015 beschreiben: Viele Teilnehmer/innen der Maßnahmen waren zwar i.d.R. ehrenamtlich für ihre Organisationen unterwegs, aber zunehmend mehr Teilnehmer/innen waren auch beruflich im Arbeitsfeld Integration oder benachbarten Arbeitsfeldern aktiv. D.h. auch, dass eine verstärkte Professionalisierung des Handelns in den Organisationen durch die Engagierten langfristig zu erwarten sein wird.

Ein letztes Wort zu den verwendeten Begrifflichkeiten: Integration, Inklusion, Ein- oder Zuwanderung, Menschen mit Migrationshintergrund, Zugewanderte, Migrantinnen und Migranten, Ausländerinnen und Ausländer – wie in jedem anderen gesellschaftlich umstrittenen Politikfeld ist die Verwendung von Begriffen ein sensibler Bereich. Wir haben uns entschieden, die Verwendung der Begriffe bei den verschiedenen Autorinnen und Autoren nicht zu vereinheitlichen. Alle Autorinnen und Autoren haben versucht, eine möglichst diskriminierungsfreie Sprache zu wählen. Die Funktion von Begriffen ist es aber u.a., Unterscheidungen zu ermöglichen. Diese können gegebenenfalls von Einzelnen oder sozialen Gruppen als Diskriminierung wahrgenommen werden. Wir hoffen, dies möglichst vermieden zu haben.

Wir möchten uns bei allen bedanken, die einen Beitrag zum Gelingen des Projekts und zu dieser Veröffentlichung geleistet haben und wünschen den Leserinnen und Lesern eine spannende Lektüre.

Prof. em. Dr. rer. soc.
Dietrich Thränhardt



Integration und bürger- schaftliches Engagement. Ein Einblick in Geschichte und Theorie

in: Michael Borchard/ Katharina Senge Hg., Neue Impulse für die
Integrationspolitik, St. Augustin: KAS, S. 57-76



Ein großes deutsches Experiment: Partizipation in Betriebsräten, nicht aber in der Politik

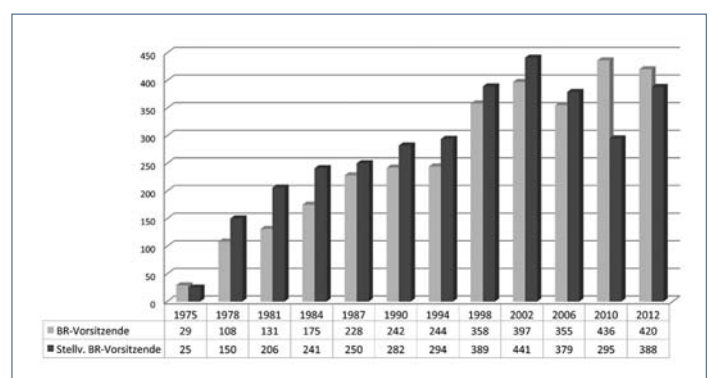
1972 votierte der Deutsche Bundestag einstimmig dafür, allen Betriebsangehörigen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit das volle aktive und passive Wahlrecht zu den Betriebsräten zu gewähren. Die fortschreitende europäische Integration erforderte die Ausweitung des Wahlrechts auf EWG-Angehörige, aber das Parlament entschied sich für eine Öffnung für alle. Gleichzeitig verzichtete die bundesdeutsche Politik in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts auf eine aktive Einbürgerungspolitik, auch für die vielen seit Anfang der siebziger Jahre in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern, wie sie der erste Ausländerbeauftragte Heinz Kühn in seinem Memorandum forderte (Brubaker 1994; Hagedorn 2001). Die Zahl der Ausländer stieg daraufhin in der Anwerbezeit auf über drei Millionen und verdoppelte sich in der Regierungszeit Helmut Kohls noch einmal auf etwa sieben Millionen.

Damit waren die Migranten in den Betrieben voll gleichgestellt, soweit Betriebsräte gewählt wurden. Im politischen Raum dagegen entstand kaum Partizipation der Zuwanderer. Die Ausländerbeiräte, später Integrationsbeiräte genannt, litten an einer Diskrepanz zwischen Aufwand bei der Wahl und realer Einflusslosigkeit, zudem integrierten sie nicht in das politische System, sondern hielten die Migranten separat. Auch das 1992 eingeführte Kommunalwahlrecht für EU-Bürger wird wenig genutzt (von Wersebe 2000). In Deutschland entstand eine Diskrepanz zwischen einer immer perfekteren Gleichstellung der Zuwanderer in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht (vgl. dazu den Beitrag von Winfried Kluth und die neue Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Recht auf Herztransplantation, Spiegel-Online 2013) und vergleichsweise sehr niedrigen Einbürgerungsraten. Systematisch formuliert wurde diese Diskrepanz in den siebziger Jahren mit der Leitlinie von der „wirtschaftlichen und sozialen Gleichberechtigung“.

Was waren die Folgen? Auf der einen Seite entstand über die Jahre eine intensive und inklusive Partizipation der Migranten in den Betriebsräten und in den Gewerk-

schaften. Am deutlichsten wird dies in den steigenden Zahlen der Betriebsratsvorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden – den einzigen Führungspositionen, die Migranten in größerer Zahl erreicht haben. In Abbildung 1 wird das am Beispiel der Metallindustrie gezeigt. In Betriebsstudien lässt sich nachzeichnen, wie diese gleichberechtigte Mitwirkung mit einer gewissen Zeitverzögerung auch zu gleichberechtigter Teilnahme bei der Rekrutierung von Auszubildenden und bei der Belegung von Betriebswohnungen führte, und zwar vor allem dann, wenn Migranten in die zuständigen Gremien gewählt wurden. Bei den Ausbildungsplätzen war dann nicht mehr entscheidend, welche Staatsangehörigkeit oder Herkunft ein Bewerber hatte, sondern ob der Vater oder die Mutter im Betrieb arbeiteten. Insgesamt kam es zu einer Integration in den Belegschaften der Betriebe, allerdings nur im Bereich der tarifgebundenen Beschäftigten, nicht aber in den Führungsetagen. Zuerst lagen ein wohlverstandenes Interesse der Unternehmen und der Arbeitnehmervertreter am Betriebsfrieden und ein starkes Interesse der Gewerkschaften am Engagement der Migranten bei potenziellen Arbeitskämpfen (Hinken 2001; 2013; Schmidt 2006).

Abbildung 1: Betriebsratsvorsitzende und stellv. Vorsitzende im IG-Metall-Bereich 1975–2012



Quelle: IG Metall. 2010 kürzerer Erhebungszeitraum 2012: Stand 12.9.2012

Auf der anderen Seite blieben die meisten Migranten jahrzehntelang außerhalb des politischen Prozesses. In öffentlichen Kontroversen gab es Ersatzsprecher für sie, auch in den großen Auseinandersetzungen der achtziger und neunziger Jahre: Bischöfe, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, NGOs, die großen Lichter-

ketten-Demonstrationen 1992/93. Bezeichnend für diese Situation war das biblische Zitat vom „Mund der Stummen“, mit dem das Diakonische Werk sein Engagement begründete (zum karitativen Kontext Puskeleit/Thränhardt 1990). Andererseits war es für manche Politiker in dieser Situation immer wieder eine Versuchung, Polemiken auf Kosten der Migranten loszutreten, zumal diese in ihrer großen Mehrheit kein Wahlrecht hatten. Es entwickelte sich eine Distanz der Migranten zum politischen Prozess.

Separierend entwickelten sich die religiösen Strukturen. Die deutsche katholische Kirche warb Priester aus den Herkunftsländern an und errichtete „Missionen“ für die einzelnen Sprachgruppen (Thränhardt / Winterhagen 2012; Gottlob 1978). Nach einer Absprache von Bundesinnenminister Zimmermann mit der türkischen Regierung gründete ein türkischer Botschaftsrat 1984 die DITIB, eine Tochter des türkischen Religionsamtes Diyanet, die seitdem Hauptträgerin der religiösen Betreuung für türkeistämmige Moslems in Deutschland ist (Thränhardt 2011a). Für etwa zwei Millionen Katholiken mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit und die etwa vier Millionen Moslems mit Migrationshintergrund entstanden auf diese Weise besondere Strukturen. ¹⁾ Erst in den letzten Jahren zeichnen sich im religiösen Bereich integrative Tendenzen ab. Einige katholische Bistümer versuchen die „Missionen“ allmählich zu integrieren, zum Teil auch um Kosten zu reduzieren (Winterhagen 2013). Führende Politiker haben demonstrativ erklärt, auch der Islam gehöre zu Deutschland: zuerst der damalige Innenminister Schäuble, dann Bundespräsident Wulff und anschließend Bundeskanzlerin Merkel. In mehreren Bundesländern wird daran gearbeitet, den Islam schrittweise mit den anderen Religionen gleichzustellen. Entsprechend könnte sich der deutsche Islam dann von seinen Wurzeln im Ausland emanzipieren und eingeständiger wer-

den. ²⁾ Der Einfluss der Herkunftsstaaten auf Auswanderer in religiöser Hinsicht ist keine deutsche Besonderheit, sondern findet sich auch in anderen europäischen Einwanderungsländern.

Ein historischer Vergleich: Die Polen im Wilhelminischen Reich

Im Kaiserreich waren die Strukturen ganz anders angelegt. Die Polen im Ruhrgebiet und in den östlichen Provinzen waren preußische Staatsbürger und entsandten Abgeordnete in die Parlamente und die Kommunalvertretungen. Sie hatten volle politische Rechte und gehörten auch ganz überwiegend der Katholischen Kirche an, die im Rheinland und in Westfalen allerdings keinen Wert auf polnische Eigenständigkeit legte und die polnische Sprache keineswegs förderte. Andererseits organisierten sie sich gewerkschaftlich und politisch separat. Sie bauten die größte Bergarbeitergewerkschaft im Ruhrgebiet auf, stärker als die sozialdemokratische und die christliche Gewerkschaft, und schufen auch eine eigene politische Partei (zusammenfassend McCook 2007).

Aufnahmestrukturen prägen Formen des bürgerschaftlichen Engagements

Die oben beschriebenen Diskrepanzen ebenso wie der historische Vergleich zeigen, dass die Strukturen im Einwanderungsland die Art und die Intensität des bürgerschaftlichen Engagements prägen. Es kann integrativ erfolgen, wenn die einheimischen Strukturen offen stehen, einladend sind und den Bedürfnissen und Intentionen der Migranten entsprechen. Es kann separativ erfolgen, wenn die Strukturen nicht offen und einladend sind und sich keine Anknüpfungspunkte ergeben.

-
- 1) Das KFN (2010) stellte in seiner großen Befragungsstudie zu jungen Menschen mit Migrationshintergrund erstaunt fest, dass sich mit wachsender Religiosität sowohl bei Katholiken wie bei Moslems der Abstand zur deutschen Gesellschaft erhöht. Institutschef Pfeiffer und seine Mitarbeiter fanden diesen Effekt für Moslems einleuchtend, konnten ihn sich aber für Katholiken nicht erklären.
 - 2) Man kann jedoch langsame und schrittweise Ablösungsprozesse hin zu einem deutschen, englischen oder französischen Islam beobachten. Vgl. Laurence 2012.



Insofern sind die opportunity structures entscheidend, die die Migranten vorfinden. Wie das bundesdeutsche Beispiel zeigt, sind diese Strukturen nicht einfach historisch gegeben, sondern sie entstehen in der Einwanderungssituation. Die Entscheidung des Bundestages für die Gleichstellung bei den Betriebsratswahlen erfolgte im Reformklima von 1972. Es hatte dagegen durchaus Bedenken gegeben (Schönwälder 2001: 59) und in den Nachbarländern war die betriebliche und gewerkschaftliche Integration weniger weitgehend und weniger erfolgreich (Penninx/Roosblad 2002). Zugleich hatten sich viele Migranten in dieser Zeit aktiv an Arbeitskämpfen beteiligt und waren für die Gewerkschaften wichtig geworden (Hinken 2013). Die wirtschaftliche und soziale Gleichstellung entsprach auch dem Selbstverständnis der damaligen Bundesrepublik als erfolgreicher Wirtschafts- und Sozialstaat. Dagegen entwickelte sich kein Einbürgerungsoptimismus und die inklusive Diskussion um die Zuwanderer als „neue Deutsche“ verschwand nach der Ölkrise 1973 (von Oswald/Schönwälder/Sonnenberger 2003). Zwar konnte die einige Male aufkommende Idee einer Zwangsrotation nicht durchgesetzt werden, und zwar aus wirtschaftlichen ebenso wie aus humanitären Bedenken. *Aber der Gedanke umfangreicher Einbürgerungen lag lange Zeit außerhalb des Mainstreams, sowohl bei den Deutschen wie bei den Migranten.* Als der erste Ausländerbeauftragte Heinz Kühn ihn dann 1979 in seinem Gutachten für die in Deutschland geborenen Kinder ins Gespräch brachte, stieß er auf offene Ablehnung in den politischen Parteien und auch in Migrantenorganisationen. Die sich anschließende Zeit der Regierung Kohl 1982-98 wurde offiziell von der Devise beherrscht, „kein Einwanderungsland“ zu sein.

In Deutschland entwickelte sich eine eigentümliche Situation: *Einerseits gibt es vergleichsweise wenig Segre-*

*gation.*³⁾ Die Migranten haben vollen Zugang zum sozialen Wohnungsbau und sie sind in alle soziale Sicherungssysteme einbezogen. Es gibt wenig Illegalität und die Öffentlichkeit reagiert kritisch auf Diskriminierungen und humanitäre Probleme. Die Öffnung der Grenzen zu den europäischen Nachbarn rief weniger Kritik hervor als in Frankreich, England oder den Niederlanden. *Andererseits entwickelte sich erst spät die Idee, dass die Migranten auch zur Nation gehören könnten.* Sie ist immer noch nicht selbstverständlich, auch für die in Deutschland geborenen Kinder.

Der große Erfolg innerhalb der Betriebe und Gewerkschaften, vor allem im internationalen Vergleich, gibt aber auch Grund zu Optimismus. Integration kann sehr erfolgreich verlaufen, wenn Offenheit und Gleichberechtigung gewährt werden. Auch dann braucht es noch Zeit, Bemühung und Diskussion. Wenn man aber nicht öffnet, kommt es zu Verwerfungen, Ausschlüssen, Blockaden und Integrationspessimismus. Leider werden Integrationserfolge in der Öffentlichkeit und auch in der Wissenschaft weniger wahrgenommen als Probleme und Skandale.

Partizipation im Überblick

Im Jahr 2001 haben wir das Ausländerzentralregister ausgewertet, in dem sich alle Ausländer-Vereine registrieren müssen. Es gab damals 16.000 Ausländer-Vereine, davon waren 11.000 türkische, 468 griechische, 411 italienische, 298 spanische und 204 iranische (Hunger 2005, 226-227). 2012 waren es noch 10.346 Ausländer-Vereine, nun enthielt die Zählung allerdings nicht mehr die Vereine von EU-Bürgern, da sie seit 2002 nicht mehr registriert werden (Anfrage beim Bundesverwaltungsamt). Nicht registriert werden selbstverständlich auch die Vereine deutscher Staats-

3) Siehe dazu die vergleichenden Bestandsaufnahmen bei Münch 2010. Sie kritisiert die Verteilungspolitik der deutschen Wohnungsbaugesellschaften mit dem richtigen Argument, ethnisch einheitliche Viertel stünden sozioökonomisch nicht schlechter da als gemischte Viertel. Sie lässt dabei aber außer Acht, dass sich in ethnisch separierten Städten ein Dissoziierungsdiskurs ausbildet, der eine eigene Dynamik entfaltet. Zudem wünschen die Zuwanderer nicht unbedingt eine isolierende Unterbringung. Vgl. zur Verteilungspolitik der Stadt Münster im Einklang mit den Wünschen der Zuwanderer: Michalowski 2005, 201-217.

angehöriger. Auf den ersten Blick fällt auf, dass in einigen Herkunftsgruppen sehr aktiv Organisationen gegründet werden, während in anderen die Neigung gering ist, sich herkunftsbezogenen Organisationen anzuschließen. Besonders auffällig ist die große Organisationsneigung der Einwanderer aus der Türkei. Daimagüler (2013: S. 52) meint aus seiner persönlichen Kenntnis heraus ironisch: „Dabei haben Türken einen großen Vorteil gegenüber anderen Einwanderern in Deutschland: Die Deutschen sind totale Vereinsmeier. Und die Türken genauso. Und die Deutsch-Türken sind Weltmeister in Vereinsmeierei.“ Er illustriert das dann mit einer Aufzählung der unterschiedlichsten deutsch-türkischen Vereinsaktivitäten bis hin zur Zucht von Wellensittichen.

Andererseits stehen bei den Einwanderern aus Polen relativ vielen Organisationsgründern relativ wenige Mitglieder gegenüber (Sopart 2000; Nowosielski 2012). Auch dies ist noch einmal ein interessanter Kontrast zu der oben erwähnten großen Organisationsneigung und Organisationskraft der Polen im Wilhelminischen Reich. Sie galten damals in Deutschland als die wichtigste und gefährlichste Outgroup, heute haben in der Öffentlichkeit die türkischen Einwanderer diese Rolle übernommen (eine faszinierende Analyse zu den Parallelen zwischen damals und heute bei Lucassen 2005).

Unterschiedlich ausgeprägt war und ist auch das Ausmaß der inneren Diversität in den Vereinen. Insgesamt waren 2001 82,6 Prozent der Vereine herkunftshomogen, 6,3 Prozent herkunftsheterogen, 11,1 Prozent waren deutsch-ausländische Vereine. Während bei den albanischen Vereinen 97 Prozent der Vereine herkunftshomogen waren, waren es bei den türkischen Vereinen 92 Prozent, bei den kroatischen 88 Prozent und bei den 46 polnischen Organisationen nur 79 Prozent (Hunger

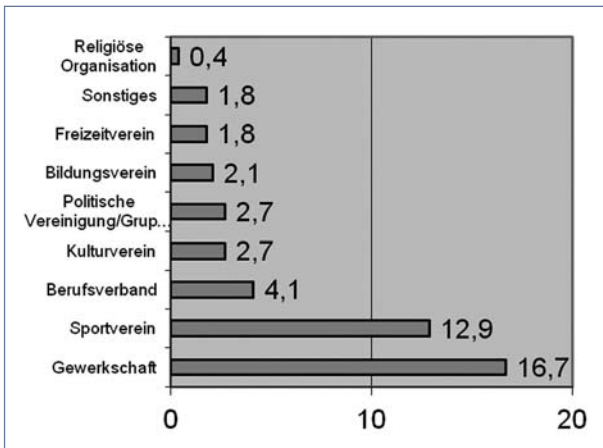
2005, 228). Wichtig ist also – auch schon nach den Daten des Bundesverwaltungsamtes von 2001 – der Hinweis, dass ein ausländisch klingender Vereinsname und sogar ein mehrheitlich ausländischer Vorstand nicht notwendigerweise bedeutet, dass es um einen ethnisch oder herkunftsmäßig geschlossenen Kreis ginge. Ganz im Gegenteil: Schon 2001 zeigen die Daten, dass auch Deutsche und andere Ausländer mitwirkten, es also nicht um closed shops ging. Heute dürfte dieser Prozess weiter fortgeschritten sein, vor allem nach den zunehmenden Eheschließungen über die Grenzen von Herkunft, Ethnie, Religion und Staatsangehörigkeit hinweg. Einzelstudien deuten auf fließende Grenzen zwischen vielen Migrantenvereinen und der deutschen Umgebung hin. So definieren sich beispielsweise die Aleviten-Vereine gerade dadurch, dass sie modern und prinzipiell offen für Nicht-Aleviten und vor allem für Deutsche sind (Sökefeld 2005; Aksünger 2013). Viele „türkische“ Sportvereine nehmen immer mehr „Nicht-Türken“ auf, einige haben ihren Namen geändert und den ihres Stadtteils oder ihrer Stadt angenommen (Huhn/Kunstreich/Metzger 2011). Insofern sind einige Grundsatzdebatten um den isolierenden oder öffnenden Charakter von Migrantenvereinen etwas von der Realität entfernt. Zudem ist angesichts der Einbürgerungen und der großen Zahl von Mehrfach-Staatsangehörigkeiten die Situation komplexer und unübersichtlicher geworden. Zugleich gibt es – wie beispielweise der Wettbewerb der Bertelsmann-Stiftung (2003) überraschend deutlich machte – eine unüberschaubar große Anzahl von Initiativen, die gemeinsam von Migranten und Deutschen getragen werden.

Eine repräsentative Untersuchung zu den „Türkeistämmigen“⁴⁾ in Nordrhein-Westfalen kommt zu dem Ergebnis, dass ihre Partizipation sich etwa gleichgewichtig auf allgemeine Organisationen und auf besondere türkische (und kurdische etc.) Organisationen verteilt

4) „Türkeistämmig“ wird als Oberbegriff benutzt, um alle Menschen zusammenzufassen, die selbst in der Türkei geboren sind oder deren Eltern von dort stammen. Eingeschlossen sind damit also auch deutsche Staatsbürger mit Herkunft aus der Türkei und Kurden und syrische oder armenische Christen mit Herkunft aus der Türkei. Die Charakteristika dieser Gesamtgruppe unterscheiden sich beträchtlich von der Gruppe der türkischen Staatsangehörigen, die oft in Untersuchungen betrachtet wird. Die Gesamtgruppe verfügt über höhere Bildung, bessere Einkommen, mehr Partizipation in Deutschland und engere soziale Verbindungen mit der deutschen Bevölkerung.

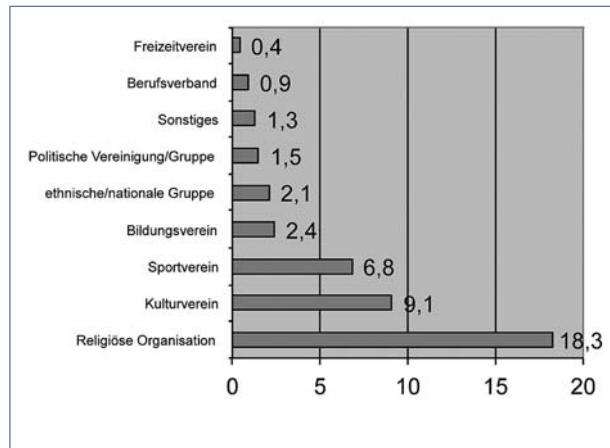


Abbildung 2: Organisationsbeteiligung der türkeistämmigen Bevölkerung in allgemeinen Organisationen



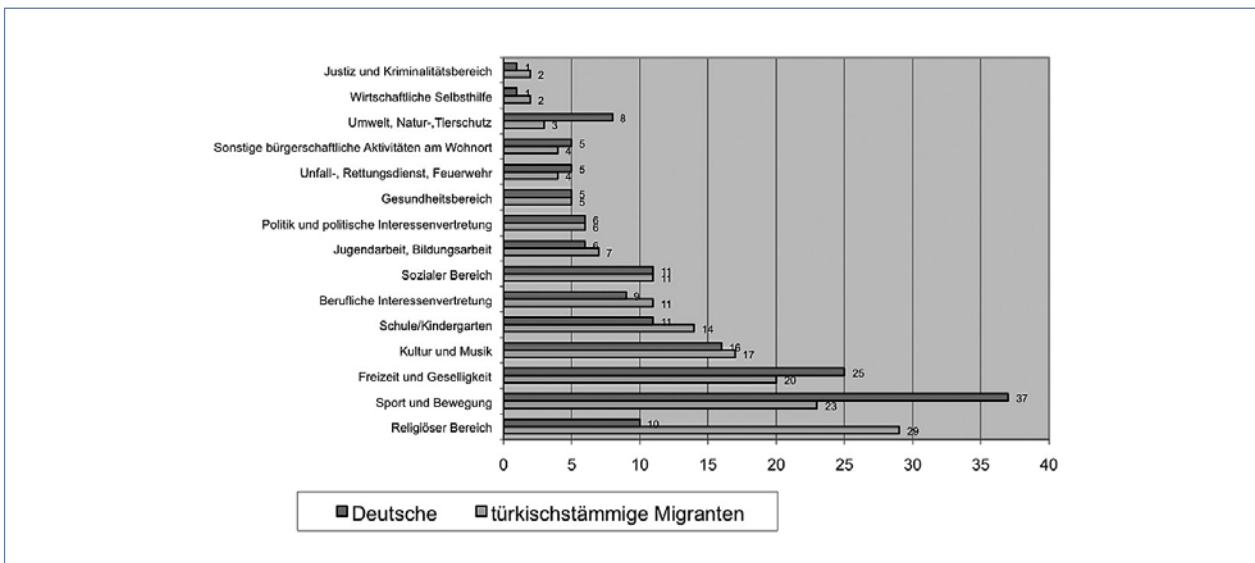
Quelle und Tabelle: Halm/Sauer 2007

Abbildung 3: Organisationsbeteiligung der türkeistämmigen Bevölkerung in Migrantenorganisationen



Quelle und Tabelle: Halm/Sauer 2007

Abbildung 4: Organisationsbeteiligung: Menschen mit Herkunft aus Deutschland und der Türkei im Vergleich



Quelle: Halm/Sauer 2007

(Halm/Sauer 2007). Während die Mitgliedschaft im Bereich Arbeit ganz überwiegend integrativ gestaltet ist, geht es bei der Vereinszugehörigkeit im Bereich Religion fast ausschließlich um besondere Organisationen mit Türkeibezug (vgl. Abbildungen 2 und 3). Insgesamt ähnelt sich die Partizipationsbereitschaft, allerdings mit einigen Unterschieden. Während Türkeistämmige stärker in religiösen Organisationen organisiert sind,

Einheimische eher in Sportvereinen aktiv (vgl. Abbildung 4). Würde man allerdings die Mitgliedschaft in den christlichen Kirchen mit erheben, so wäre das Bild wiederum anders, denn in Nordrhein-Westfalen sind mehr als zwei Drittel aller Einwohner Kirchenmitglieder. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass die Migranten sich in ihren Vereinen weniger aktiv beteiligen.

Wann hat Partizipation integrative Effekte?

Wir hatten konstatiert, dass die Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements durch die Strukturen und Entscheidungen der Aufnahmegesellschaft vorgegeben werden, bis hin etwa zum Staatskirchenrecht und zum Vereinsrecht. Innerhalb dieser Strukturen organisieren sich bürgerschaftliche Gruppen und ihr Erfolg und ihre Dynamik hängt dann auch von der Kohärenz der Gruppe, dem Vertrauen oder den Konflikten innerhalb der Gruppe, den mitgebrachten Einstellungen und Traditionen, den Organisationsaktivitäten, der Herausbildung von Organisationseliten, deren Einstellungen und Aktivitäten ab, außerdem von dem Beziehungsaufbau zu einheimischen Organisationen und den Konstellationen, die sich ergeben.

Ein interessantes Beispiel für den Zusammenhang von bürgerschaftlichen Aktivitäten und Bildungserfolg bietet der Vergleich zwischen den großen Anwerbe-Nationalitäten seit den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Aus der spanischen und aus der griechischen Gruppe heraus wurden damals flächendeckend in der ganzen Bundesrepublik Elternvereine gegründet. In der italienischen Gruppe kam es kaum zu derartigen Aktivitäten, die türkische Gruppe folgte erst später mit Elternvereinsgründungen (Tabelle 1).

Tabelle 1: Gründung von Elternvereinen durch Migrantengruppen

Nationalität	1960er Jahre	1970er Jahre	1980er Jahre	1990 bis 2001	Gesamt 2001
Spanier	1	10	57	18	86
Griechen		5	46	13	64
Türken			14	31	45
Italiener			1	6	8

Quelle: Hunger 2005, 239, nach Ausländervereinsregister. Eingetragene Vereine

Vergleicht man die Bildungserfolge an der Jahrhundertwende, so zeigten sich eklatante Unterschiede zwischen den Gruppen. So waren die Anteile der im Inland aufgewachsenen Studierenden an denentsprechenden Ausländergruppen 2002 extrem unterschied-

lich: bei den Spaniern waren es 5,3 Prozent, bei den Griechen 4,2 Prozent, bei den Türken 2,8 Prozent und bei den Italienern 1,9 Prozent (BMBF 2004). Bei den Schülern ergaben sich entsprechende Diskrepanzen. In der italienischen Gruppe ragte der Anteil der Sonderschüler heraus, bei der spanischen Gruppe die Anteile der weiterführenden Schüler. Die Angaben für 2002 sind die letzten, die die Kultusministerkonferenz auf der Grundlage der Staatsangehörigkeit veröffentlicht hat. Dies hängt mit den wachsenden Zahlen von Einbürgerungen zusammen, die die Staatsangehörigkeitsdaten inzwischen obsolet machen. Neuere regionale Statistiken zeigen aber weiterhin ähnlich gravierende Diskrepanzen zwischen italienischen und spanischen Schülern.

Tabelle 2: Schüler in Sonderschulen und Realschulen/Gymnasien 2002 (in Prozent)

Nationalität	Sonderschule	Realschule/Gymnasium
Spanier	5,9	58,7
Griechen	7,7	54,3
Türken	11,8	36,8
Italiener	14,3	30,7

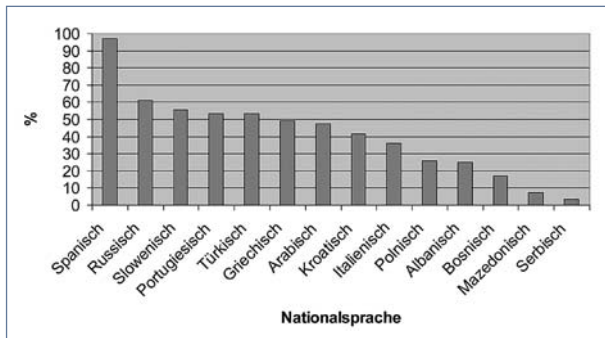
Quelle: BMBF 2004

Interessant ist weiter, dass auch die Beteiligung am muttersprachlichen Unterricht stark variiert. Hierzu liegt nur eine Auswertung aus Nordrhein-Westfalen vor, ebenfalls aus dem Jahr 2001. Auch hier ist die Beteiligung in der spanischen Gruppe am höchsten, in der italienischen sehr niedrig. Auch wenn der Wert bei den Spaniern wegen der großen Anzahl an Kindern aus deutsch-spanischen Verbindungen und der Beteiligung lateinamerikanischer Kinder etwas überhöht sein dürfte, sind die Unterschiede eklatant.

Wir haben diese Diskrepanzen zwischen den Gruppen über Jahrzehnte verfolgt und verschiedene Erklärungen erwogen, wie mitgebrachtes soziales Kapital oder starkes Hin- und Herreisen mit der Folge gebrochener Schulbiografien. Diese alternativen Erklärungen konnten falsifiziert werden, bei der Anwerbung hatte die spanische Gruppe den geringsten Bildungs-



Abbildung 5: Beteiligung am muttersprachlichen Unterricht in Nordrhein-Westfalen 2001/Teilnehmer in Prozent der Schüler der jeweiligen Staatsangehörigkeit



Quelle: Kultusministerium NRW

stand. Es blieb die Erklärung durch eine starke und zielgerichtete Elternvereinsarbeit bei der spanischen und auch der griechischen Gruppe, mit der ein großer Teil der Eltern erreicht werden konnte. Für die spanische Gruppe haben wir einen Anteil von fünfzig Prozent von in den Elternvereinen organisierten Eltern geschätzt. Eindrucksvoll war dabei die Kooperation sehr unterschiedlicher politischer und sozialer Exponenten: katholische Priester, die seit Jahrzehnten einen Elternbrief herausgeben (Carta a los padres), Vertreter unterschiedlicher politischer Gruppen bis hin zu den damaligen Exil-Kommunisten und auch Mitarbeiter der spanischen Vertretungen in Deutschland (Thränhardt 2000, 2013). Die großen Erfolge in der kroatischen Einwanderungsgruppe, die inzwischen aufgrund der separaten Statistiken deutlich werden, hängen nicht mit Elternvereinen zusammen, sondern mit den kroatischen katholischen Missionen, in deren Rahmen sich starke Aktivitäten entfalteten (Winterhagen 2013).

Zielgerichtete Vereinsarbeit hat also Effekte. Bildung wird nicht einfach nur vererbt, wie es viele Diskussionen in den letzten Jahren nahelegen, sondern sie kann erworben werden. Soziales Kapital kann aufgebaut werden, und die Eigenaktivitäten der Migranten selbst sind dabei unersetzbar. Es gibt relevante Gruppeneffekte in der Migration, die auf Organisation, Programmatik, Aktivität und Vernetzung nach innen und nach außen beruhen.

Wie Tabelle 1 zeigt, nimmt seit den neunziger Jahren die Gründung türkischer Elternvereine zu. Inzwischen werden auch Schulen gegründet, die von türkischen religiösen Gruppen getragen werden und deutsch als Unterrichtssprache verwenden. Insbesondere ist dabei die Gülen-Bewegung aktiv, die weltweit islamische Schulen und andere Bildungseinrichtungen betreibt (Agai 2010). Wie die spanischen Elternvereine und die kroatischen Missionen seit den siebziger Jahren organisieren auch immer mehr Moscheevereine Hausaufgabenhilfen, ohne die viele Kinder in der deutschen Schule anscheinend nicht erfolgreich sein können.

Emanzipation von Repressionen im Herkunftsland

In vielen Herkunftsländern der Migranten waren oder sind die bürgerlichen Rechte eingeschränkt oder gar nicht vorhanden. Deutsche Demokraten waren nach dem Scheitern der Revolution von 1848, unter dem Sozialistengesetz und während der Hitler-Diktatur ins Ausland geflohen, um von dort aus ihre Aktivität fortzusetzen. Heute konnten und können viele Migranten ihre bürgerschaftlichen und politischen Aktivitäten in Deutschland besser entfalten als in ihrem Herkunftsland. Sind sie dabei erfolgreich, so hat es dann auch wieder Rückwirkungen auf die Herkunftsländer. Die „Griechischen Gemeinden“ und die spanischen Elternvereine entstanden in Opposition gegen die autoritären Regime, die bis 1974 bzw. 1978 herrschten. Die antikommunistischen Kroaten organisierten sich während der kommunistischen Herrschaft unter dem Schutz der katholischen Kirche (vgl. zu den internationalen Aspekten Halm/Sezgin 2013).

Ein eindrucksvolles aktuelles Beispiel für die Emanzipation einer unterdrückten Gruppe sind die Aleviten. Sie begannen 1989 damit, in Deutschland offen ihre Religion zu praktizieren und Vereine zu bilden. In der Türkei war das nicht möglich gewesen, weil die sunnitische Religion als einzige offiziell staatlich organisiert wurde. Nach dem Militärputsch von 1980 wurde sie auch im schulischen Religionsunterricht verpflichtend gemacht. Als Reaktion auf zwei pogromartige Übergriffe gegen Aleviten in der Türkei kam es in Deutschland zur Grün-

derung eines Dachverbandes und weiteren Aktivitäten. In der Folge wurde das mitgebrachte kulturelle Gepäck der Aleviten neu organisiert. An die Stelle der traditionellen Geheimhaltung (takiye) trat eine Öffnung in die Gesellschaft einschließlich der Teilnahmemöglichkeit von Nichtgläubigen an den Ritualen. Auch Frauen konnten nun mitwirken und die Leitprinzipien der alevitischen Religion wurden menschenrechtlich-egalitär formuliert. Die Vereine legen hohen Wert auf Bildung und fördern die Einbürgerung. Es gibt gute Kontakte zur deutschen Politik. In Deutschland konstituieren sich die Aleviten mehr und mehr als Religionsgemeinschaft und versuchen, in die entsprechenden Rechte und Privilegien einzutreten, etwa mit alevitischem Religionsunterricht. In den Niederlanden mit ihren anderen Förderstrukturen werden sie dagegen zu einer zivilgesellschaftlichen Vereinigung im Spektrum humanistischer Organisationen (Sökefeld 2005; Aksünger 2013).

Die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement

Lange Zeit blieben Migrantorganisationen im Schatten der öffentlichen Aufmerksamkeit und wurden nur sehr selten staatlich gefördert. Es gab große Unterschiede zwischen den Bundesländern und Kommunen in Bezug auf Förderung, Anerkennung und Kontakt. Schon in den achtziger Jahren hatte die Berliner Integrationsbeauftragte Barbara John mit der Förderung von Migrantengruppen begonnen. Seit 1995 wurde die Förderung in Nordrhein-Westfalen institutionalisiert, zunächst aber nur auf Projektbasis und jeweils zeitlich begrenzt. Nicht zufällig zeigte sich 2001, dass in diesen beiden Bundesländern besonders viele eingetragene Ausländervereine existierten (Hunger 2005, S. 225). Eine lange Förder- und Anerkennungstradition hat auch die Stadt München.

Erst in den letzten Jahren hat sich eine Öffnung hin zur Kooperation mit Migrantorganisationen vollzogen. Sehr positiv formuliert die Bundesregierung in ihrem 9. Integrationsbericht (2012, S. 28):

„Migrantorganisationen bilden Brücken zwischen Einwanderern und deren Familien und der einheimi-

schen Bevölkerung. Sie können wichtige Akteure der Integration sein. Das gilt beispielsweise für Fragen des Spracherwerbs, des bürgerschaftlichen Engagements, des frühen Besuchs von Kindertageseinrichtungen und der Elternbeteiligung. Sie können der einheimischen Gesellschaft und der Politik die Probleme vermitteln, denen sich Migrantinnen und Migranten ausgesetzt sehen. Es ist daher der richtige Weg, wenn Bund, Länder, Kommunen und nicht staatliche Akteure Migrantinnen und Migranten und deren Organisationen in die Gestaltung von Integrationsmaßnahmen einbeziehen.“

Vielfach werden auch hohe Erwartungen an Migrantorganisationen gerichtet, vor allem wenn es um gesellschaftliche Probleme geht. Von daher sind Migrantorganisationen auch mit der Bundesregierung und den politischen Parteien im Gespräch über strukturelle Förderungen, wie sie bürgerschaftlichen Vereinen und Verbänden in vielen Bereichen gewährt werden. Eine Brückenfunktion hat der Paritätische Wohlfahrtsverband übernommen, der als Dachorganisation unterschiedliche Gruppen vertritt und dabei auch eine gewisse Gewährleistung übernimmt (Der Paritätische 2013).

Im Hinblick auf Integration und Gleichbehandlung sollten Migrantorganisationen ebenso wie andere Organisationen gefördert werden. Sportvereine sollten also als Sportvereine gefördert werden, Religionsgesellschaften schrittweise mit den etablierten Religionsgesellschaften gleichgestellt werden. Entwicklungszusammenarbeit von Migranteneinigungen sollte als solche gefördert werden, die GIZ macht dazu erste Ansätze (Haase/Müller 2012). Jugendarbeit ist nach dem Bundesjugendplan zu fördern, Sprachförderung, Hausaufgabenhilfe, Politische Bildung und Erwachsenenbildung nach den in diesen Bereichen üblichen Kriterien, die freilich in Bezug auf Fairness und Offenheit zu überprüfen sind. Es geht um Symmetrie in der Anerkennung und Förderung. In vielen Bereichen sind dabei Fortschritte gemacht worden und es haben sich Integrationsdynamiken ergeben, die nicht erreichbar gewesen wären, wenn es etwa ethnisch getrennte Fußballligen wie in Österreich gegeben hätte (Kalter 2003; Huhn/Kunstreich/Metzger 2011). Eine besondere Förderung für Migrantvereine etwa im Sport sollte von daher nur



Übergangscharakter haben und dort eingesetzt worden, wo Migranten weniger Zugang haben als Einheimische (dazu Kalter 2003). Viel bleibt allerdings noch zu tun, um eine Gleichstellung zu erreichen.

Integration in der pluralistischen Gesellschaft

Neben dieser funktionalen Eingliederung und Normalisierung, an der gearbeitet werden muss, haben herkunftsbezogene Vereinigungen aber durchaus ihren Platz, vor allem für die Einwanderungsgeneration. Wie die Vertriebenenverbände, die in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik großen Zulauf und großen Einfluss hatten, wird ihre Relevanz abnehmen, soweit und sobald die Migranten gleichberechtigte und volle Mitglieder der deutschen Gesellschaft geworden sind. Von daher haben sie transitorischen Charakter oder sie beschränken sich später auf Traditionspflege, wie es die Jahrhunderte alte „Steuben Parade“ in New York tut (vgl. Moya 2005).

Solange die volle Integration nicht erreicht ist und Migrantengruppen strukturell benachteiligt sind oder nicht als zugehörig empfunden werden, sind solche Vereinigungen aber sowohl aus emotionalen Gründen wie aus der Notwendigkeit der Einflussnahme ein relevanter Teil der pluralistischen Landschaft. Aus emotionalen Gründen brauchen viele Migranten einen Raum, in dem sie unter Gleichen sind, vor allem wenn sie in der Gesellschaft als andere behandelt werden – sei es durch Diskriminierung oder auf mildere Weise durch die Frage, woher sie denn kämen (auch wenn sie in Deutschland geboren sind). Aus strukturellen Gründen sind Sprecher nötig, die die Interessen der Gruppe vertreten. *Eine wesentliche Aufgabe solcher Gemeinschaften ist der Diskurs über die Adaption an die neuen Umstände und Möglichkeiten, der mit in gleicher Weise Betroffenen am besten geführt werden kann.* Wieder sind hier die Vertriebenenverbände ein guter Vergleichsfall. Sie boten der „Erlebnissgeneration“ einen Raum, um über ihre Erfahrungen, Erinnerungen, Ängste und Bedürfnisse zu sprechen, sie halfen durch Druck auf die Politik, Gleichberechtigung und einen gewissen „Lastenausgleich“ durchzusetzen, und sie machten sich schließlich gerade

durch ihren Erfolg entbehrlich, vor allem in der nächsten Generation. Ein Unterschied zur Situation vieler Migranten heute besteht allerdings darin, dass sie ihrem Status und ihrer Anerkennung nach noch nicht „angekommen“ sind, nicht die Staatsangehörigkeit haben und nicht voll als zugehörig akzeptiert werden oder sich akzeptiert fühlen. Das betrifft in den letzten Jahren vor allem Menschen mit moslemischem Glauben oder mit moslemischem Migrationshintergrund, selbst wenn sie selbst nicht religiös sind.

Aufgabe von Migrantenorganisationen ist demgemäß die Interessenartikulation in der Öffentlichkeit und gegenüber der Regierung, die Pflege und Weiterentwicklung eigener kultureller Traditionen, die Aufrechterhaltung transnationaler Verbindungen, seien sie harmonisch oder konfliktthaft, die kontinuierliche eigenständige Adaption an die Umwelt des Einwanderungslandes und die Herausforderungen der öffentlichen Diskurse, die Weiterentwicklung eigener Positionen und Stellungnahmen. All dies vollzieht sich im demokratischen Rechtsstaat auf der Grundlage einer gemeinsamen Rechtslage. Es sollte sich vollziehen auf der Grundlage gegenseitigen Respekts und einer gemeinsamen Wertebasis, über deren Ausformulierungen aber auch ständig diskutiert werden kann. Dieser Diskurs sollte sich auf das gemeinsame Gesamtinteresse beziehen. Der offene Diskurs ist ein Grundelement und eine Stärke einer pluralistischen Gesellschaft, in der nicht der Staat monistisch alles vorgibt, sondern die Bürger sich in vielfältiger Weise einbringen (Thränhardt 2011).

Deutschland hat in dieser Hinsicht, wie schon oben angemerkt, noch Defizite bei der Akzeptanz von Eingebürgerten als Deutsche zu beklagen. Erst die deutsche Staatsangehörigkeit bringt die vollen Rechte als Bürger im Inland und im Ausland (instrumentelle Seite) und die volle demokratische Beteiligung. Sie öffnet zudem die Möglichkeit unbeschränkter emotionaler Zugehörigkeit (identifikatorische Seite). Insofern bleibt bürgerschaftliches Engagement ohne Einbürgerung prekär, es kann sich erst bei voller Zugehörigkeit ohne Einschränkung entfalten. Nicht umsonst bezeichnen die Schweizer ihre Staatsangehörigkeit als „Bürgerrecht“, in Entsprechung zu *citoyenneté*, *cittadinanza* oder *citizenship*.

Quellenverzeichnis

- Agai, Bekim 2010: ‚Die Arbeit der Gülen-Bewegung in Deutschland: Akteure, Rahmenbedingungen, Motivation und Diskurse‘ in: Walter Homolka et al. (Hrsg.): *Muslims zwischen Tradition und Moderne*. Freiburg, S. 9-55.
- Aksünger, Handan 2013: *Jenseits des Schweigegebots. Alevitische Migrantenselbstorganisationen und zivilgesellschaftliche Integration in Deutschland und den Niederlanden*. Münster.
- BAMF 2013: *Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2011*, Nürnberg.
- Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.) 2003: *Auf Worte folgen Taten*, Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- BMBF 2004: *Grund- und Strukturdaten 2003/04*, Bonn, Bundesministerium für Bildung und Forschung.
- Brubaker, Rogers 1994: *Staats-Bürger. Deutschland und Frankreich im historischen Vergleich*, Hamburg.
- Daimagüler, Mehmet Gürcan 2013: *Kein schönes Land in dieser Zeit. Das Märchen von der gescheiterten Integration*, München.
- Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 2012: 9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin.
- Gottlob, Bernd 1978: *Die Missionare der katholischen Arbeitnehmer in Deutschland. Eine Situations- und Verhaltensanalyse vor dem Hintergrund kirchlicher Normen*, München.
- Guarnizo, Luis / Portes, Alejandro / Haller, William 2003: *Assimilation and Transnationalism: Determinants of Transnational Political Action among Contemporary Migrants*. In: *American Journal of Sociology* 108 (6): S. 1211 – 1248.
- Haase, Marianne / Müller, Bettina 2012: *Entwicklungspolitisch engagierte Migrantenorganisationen: Potentiale für die Integration in Deutschland?* Nürnberg: BAMF.
- Hagedorn, Heike 2001: *Wer darf Mitglied werden? Einbürgerung in Deutschland und Frankreich*, Opladen.
- Halm, Dirk / Sauer, Martina 2007: *Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland*. Wiesbaden.
- Halm, Dirk / Sezgin, Zeynep (Hrsg.) 2013: *Migration and Organized Civil Society*, Milton Park: Routledge.
- Hinken, Günter 2001: *Die betriebliche Integration von Arbeitsmigranten in Deutschland. Institutionelle und programmatische Inklusionsofferten innerhalb des „deutschen Modells“*, in: Hunger, Uwe / Meendermann, Karin / Santel, Bernhard / Woyke, Wichard (Hrsg.), *Migration in erklärten und unerklärten Einwanderungsländern*, Münster, S. 167-194.
- Hinken, Günter 2013: *Partizipative Ausländerintegration im betrieblichen Praxistest: Zwei Fallstudien aus der deutschen Automobilindustrie*, Ms.
- Huhn, Daniel / Kunstreich, Hannes / Metzger, Daniel 2011: *Türkisch geprägte Fußballvereine im Ruhrgebiet und in Berlin*, Münster: ULB.
- Hunger, Uwe 2005: *Ausländervereine in Deutschland. Eine Gesamterfassung auf der Basis des Bundesausländervereinsregisters*, in: Weiss / Thränhardt 2005, S. 221-244.
- Kalter, Frank 2003: *Chancen, Fouls und Abseitsfallen. Migranten im deutschen Ligen-Fußball*, Wiesbaden: VS.
- Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen KFN 2010: *Kinder und Jugendliche in Deutschland. Gewalterfahrung, Integration und Medienkonsum. Zweiter Bericht*, Hannover.
- Laurence, Jonathan 2012: *The Emancipation of Europe’s Muslims. The State’s Role in Minority Integration*, Princeton.
- Lucassen, Leo 2005: *The Immigrant Threat: The Integration of Old and New Migrants in Western Europe since 1850*, Urbana.
- McCook, Brian 2007: *Polnische industrielle Arbeitswanderer im Ruhrgebiet („Ruhrpolen“) seit dem Ende des 19. Jahrhunderts*, in: Bade, Klaus u.a., *Enzyklopädie Migration in Europa*, Paderborn/München, S. 870-879.
- Menke, Birgit 2011: *Einwanderer gründen Schule: Klassik, Kopftuch, Konflikte*, in: Spiegel-Online, 14.3.2011.



Michalowski, Ines 2005, In: „richtige“ Netzwerk gelotst: Lokale Vernetzung zwischen Einwanderern und Einheimischen: Das Konzept der Stadt Münster vor dem Hintergrund der europäischen Integrationsdiskussion, in: Weiss / Thränhardt 2005, S. 201-217.

Moya, Jose C. 2005: Immigrants and Associations: A Global and Historical Perspective, in: Journal of Ethnic and Migration Studies Vol. 31, S. 833-864.

Münch, Sybille 2010: Integration durch Wohnungspolitik? Zum Umgang mit ethnischer Segregation im europäischen Vergleich, Wiesbaden.

Nowosielski, Michał 2012: Polish Organisations in Germany. Their Present Status and Needs, Frankfurt, Lang

Oltmer, Jochen / Kreienbrink, Axel / Díaz, Carlos Sanz (Hrsg.) 2012: Das „Gastarbeiter“-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, München.

von Oswald, Anne / Schönwälder, Karen / Sonnenberger, Barbara 2003: Einwanderungsland Deutschland: A New Look at Its Post-War History, in: Ohliger, Rainer / Schönwälder, Karen / Triadafilopoulos, Triadafilos 2003 (Hrsg.), European Encounters. Migrants, Migration and European Societies since 1945, Aldershot, S. 19-37.

Der Paritätische Gesamtverband 2013: Migrantendachorganisationen: Ihr Beitrag zur Mitgestaltung der Gesellschaft, Berlin, 2. Aufl.

Penninx, Rinus / Roosblad, Julia 2002: Trade Unions, Immigration and Immigrants 1960-1993. A Comparative Study of Attitudes and Actions in Seven West European Countries, Amsterdam.

Puskepeleit, Jürgen / Thränhardt, Dietrich 1990: Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger. Perspektiven der Beratung und Sozialarbeit, der Selbsthilfe und Artikulation und der Organisation und Integration der eingewanderten Ausländer aus den Anwerbestaaten in der Bundesrepublik Deutschland, Freiburg, Lambertus.

Schmidt, Werner 2006: Kollegialität trotz Differenz. Betriebliche Arbeits- und Sozialbeziehungen bei Beschäftigten deutscher und ausländischer Herkunft, Berlin.

Sökefeld, Martin 2005: Integration und transnationale Orientierung: Die alevitischen Vereine in Deutschland, in: Weiss / Thränhardt 2005, S. 47-68.

Sopart, Dominic 2000: Polnische Selbstorganisationen in der Bundesrepublik. Reinkarnation mit Geburtswehen, in: Thränhardt / Hunger 2000, S. 175-218.

Spiegel-Online 2013: www.spiegel.de/panorama/justiz/herz-op-verweigert-bundesverfassungsgericht-hilft-patienten-a-885665.html, 19.2.2013.

Thränhardt, Dietrich 2000: Einwandererkulturen und soziales Kapital. Eine komparative Analyse, in: Thränhardt, Dietrich / Hunger, Uwe (Hrsg.) 2000: Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel, Münster, S. 15-51.

Thränhardt, Dietrich 2011: Integration in der pluralistischen Gesellschaft, in: Klaus Sieveking (Hrsg.), Wechselwirkungen von Migration und Integration im europäischen Mehrebenensystem, Baden-Baden, S. 97-196.

Thränhardt, Dietrich 2011a: Religiöse Pluralisierung im Einwanderungsland Deutschland, in: Elke Ariens / Helmut König / Manfred Sicking (Hrsg.), Glaubensfragen in Europa, Bielefeld, S. 51-70.

Thränhardt, Dietrich / Winterhagen, Jenni 2012: Der Einfluss der katholischen Migrantengemeinden auf die Integration südeuropäischer Einwanderer in Deutschland, in: Jochen Oltmer / Axel Kreienbrink / Carlos Sanz Díaz (Hrsg.), Das „Gastarbeiter“-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, München, S. 199-216.

Weiss, Karin / Thränhardt, Dietrich (Hrsg.) 2005: Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg: Lambertus.

von Wersebe, Hilmar 2000: Das neue Wahlrecht für EU-Bürger, Bonn (Konrad-Adenauer-Stiftung, Materialien für die Arbeit vor Ort, Nr. 1).

Winterhagen, Jenni 2013: Nationalkatholizismus und Integration. Die kroatischen Kirchengemeinden in Deutschland, Diss. Univ. Bremen



Dina Ulrich, Projektleiterin

Ruth Blau, Redaktion



Rückblick auf das Projekt EmPa II

Empowerment und Partizipationsförderung für
Drittstaatenangehörige in den neuen Bundesländern
– Kooperation auf Augenhöhe





Ausgangslage und Ziele

Lange Zeit bestanden in unserer Gesellschaft Vorbehalte gegen Migrantenorganisationen als in sich geschlossene Strukturen. Es wurde angenommen, sie wollten Integration eher verhindern als fördern. Gleichzeitig erhoben Institutionen wie z.B. Wohlfahrtsverbände, Ausländerbeauftragte oder Kirchen den Anspruch, für und im Namen der Zugewanderten zu sprechen. Erst seit kurzem wird die gesellschaftspolitische Eigenvertretung von Zugewanderten anerkannt.

Um die Rolle als beteiligter gesellschaftspolitischer Akteur einnehmen zu können, fehlt es vielen Migrantenorganisationen – besonders in Ostdeutschland – an Kompetenzen zur Selbstorganisation, zur Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation nach außen. Vor allem aber fehlen ihnen finanzielle und damit personelle Ressourcen, um dauerhaft politisch auf dem notwendigen Level agieren zu können. Es besteht ein klarer Bedarf der Qualifizierung dieser Akteure mit dem Ziel, ihr Selbstverständnis und ihre Handlungskompetenz als gleichberechtigter Partner von Akteuren der Mehrheitsgesellschaft zu fördern.

Migrantenorganisationen in den neuen Bundesländern unterscheiden sich in ihrer Form von Migrantenorganisationen in den alten Bundesländern. Es sind eher kleine Vereine mit relativ hoher Fluktuation, die fast ausschließlich ohne eine verlässliche finanzielle Ausstattung arbeiten. Regionen übergreifende Netzwerke bestehen nicht, auch sind ostdeutsche Migrantenorganisationen nur sehr begrenzt in bundesweite Netzwerke eingebunden. Gerade für Migrantenorganisationen aus den neuen Bundesländern besteht somit ein großer Bedarf an Qualifizierung und Empowerment, um sie in ihrer Eigenständigkeit zu stärken.

Das Projekt EmPa II setzte hier mit dem Ziel an, die politische, soziale und kulturelle Partizipation und Eigenvertretung von Zugewanderten aus Ostdeutschland zu stärken und zu deren gleichberechtigter und aktiver Partizipation an dieser Gesellschaft beizutragen. Folgende Zielgruppen waren am Projekt beteiligt:

- Vertreter/innen von Migrantenorganisationen (1. Projektjahr 2012/2013)

- Vertreter/innen von Religionsgemeinschaften, die von Migrant/innen geprägt sind (2. Projektjahr 2013/2014)
- Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationsgeschichte (3. Projektjahr 2014/2015)

Die Teilnehmer/innen der ersten Fortbildungsreihe (6 Männer, 14 Frauen) kamen aus allen fünf neuen Bundesländern, stammten aus insgesamt 12 Herkunftsländern und waren im Alter zwischen 19 und 61 Jahren. Sie waren in Kulturvereinen, Beiräten, Integrationsvereinen, Migrantenorganisationen oder Religionsgemeinschaften engagiert und/oder waren beruflich als Integrationsbeauftragte oder Mitarbeitende in Migrationsdiensten aktiv. Im zweiten Jahr nahmen 19 Migranten/innen aus religiösen Gemeinschaften am Projekt teil (15 Frauen, 4 Männer). Sie stammten aus acht Herkunftsländern und gehörten fünf verschiedenen Religionen an. Die Altersspanne lag zwischen 26 und 62 Jahren.

Die Gruppe der dritten Fortbildungsreihe setzte sich aus 18 jungen Migranten/innen im Alter zwischen 14 bis 29 Jahren zusammen, die sich zum Teil bereits in Migrantenorganisationen oder in der Integrationsarbeit engagierten.

Zur Stärkung der Partizipationsfähigkeit wurden die Teilnehmer/innen in relevanten Themenfeldern qualifiziert und befähigt als Multiplikator/innen zu agieren, die das erlangte Wissen in ihre Strukturen tragen. Integration und bürgerschaftliches Engagement wurden somit direkt über die Projektteilnehmer/innen und indirekt über das Erreichen anderer Migrant/innen durch die Teilnehmer/innen als Multiplikator/innen gefördert.

Qualifizierung als Empowerment

Der Kern des Projektes zielte auf die Qualifizierung und das Empowerment der Teilnehmer/innen als Integrationsakteure und bürgerschaftlich Engagierte. Dies fand auf zwei Ebenen statt: über die aktive Beteiligung der Teilnehmer/innen an der Ausgestaltung des gesamten Lern- und Gruppenprozesses und über die vermittelten Inhalte der Qualifizierungsmodule. Die in der

ersten Hälfte der ersten beiden Projektjahre angebotenen Qualifizierungsinhalte sollten den Teilnehmer/innen sowohl allgemeine, ihre Eigenvertretung fördernde Kompetenzen wie Kommunikation oder Projektmanagement vermitteln, als auch die spezifischen Bedarfe von Migrantenorganisationen berücksichtigen. Durch die Vermittlung von Wissen rund um das Projektmanagement etwa sollten die Teilnehmer/innen befähigt werden, als gleichberechtigte Partner von Integrationsakteuren der Mehrheitsgesellschaft aufzutreten und anerkannt zu werden. Häufig sehen sich die ostdeutschen Migrantenorganisationen in Konkurrenz zu „mehrheitsgesellschaftlichen Akteuren der Integrationsarbeit und es fehlt an organisationellem Wissen, um handlungsfähig zu sein. Aus diesem Bedarf leiteten sich mehrere Seminarmodule zu allgemeineren Inhalten der professionellen Selbstorganisation als gesellschaftspolitischer Akteur ab. Folgende Seminare wurden daher in den ersten beiden Fortbildungsreihen umgesetzt:

- Kommunikation, Moderation und Konfliktmanagement
- Projektmanagement
- Vereinsrecht
- Öffentlichkeitsarbeit
- Diskriminierung und Handlungsstrategien/AGG

Die Fortbildungsmodule wurden als monatliche Wochenend-Seminare realisiert. Der Block zur Kommunikation bildete im ersten und zweiten Jahr den Einstieg, da er die Grundlagen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit in der Gruppe legte. Es wurden generelle Kommunikationsfähigkeiten wie Kontaktbereitschaft, Verständnis, Empathie und Toleranz geschult sowie für die impliziten Botschaften (Ich- und Du-Botschaft) sensibilisiert, die jeder Kommunikation zugrunde liegen. Hierauf aufbauend konnten sich die Teilnehmer/innen mit dem Verständnis und der Bearbeitung von Konflikten beschäftigen. Sie lernten wesentliche sozial-kommunikative Fähigkeiten wie Konfliktbereitschaft, Frustrationstoleranz und Kooperationsbereitschaft. All dies fand im Sinne des partizipativen Ansatzes direkte Anwendung auf die eigene Gruppe. Als sehr wichtig empfanden die Projektteilnehmer/innen das Modul „Projektmanagement“. Einige mitgebrachte Ideen nahmen während des Seminars und in der anschließenden Weiterarbeit konkrete Gestalt an, wie etwa die Projektent-

wicklung „Interkulturelles Begegnungszentrum WELT“ (IBZ WELT) im Landkreis Elbe-Elster.

„Unser Projekt ist auf dem Weg für Migrantenorganisationsaufbau. Aus diesem Grund waren alle Module für uns sehr nützlich und wesentlich.“ (TN-Rückmeldung nach der 1. Fortbildungsreihe 2012–2013)

Genannte grundlegende Module zur Stärkung der Selbstorganisation und Handlungskompetenz als gesellschaftlicher Organisation wurden ergänzt durch migrantenspezifische Inhalte, wobei es in den ersten beiden Projektjahren je nach Zielgruppe einen anderen Schwerpunkt gab. Im ersten Jahr war dies der Block „Empowerment für gesellschaftliche und politische Beteiligung“, der die gleichberechtigte Teilhabe als gleichzeitiges Ziel und Herausforderung für Migrantenorganisationen behandelte. In diesem Seminar konnten die Projektteilnehmer/innen sich mit dem Verständnis, mit Möglichkeiten und Strategien von Beteiligung auseinandersetzen. Hiermit wurde das Kernziel der Partizipation nachhaltig und in aktivierender Weise gefördert.

Im zweiten Jahr, dessen Zielgruppe Migrant/innen in Religionsgemeinschaften war, beinhaltete die Fortbildungsreihe ein auf ihre Situation als religiöse integrierende Akteure zugeschnittenes Modul „Religionsrecht und Gemeindeleben“. Dieses Seminar würdigte die wichtige, mittlerweile auch seitens der Gesellschaft zunehmend anerkannte Rolle von migrantisch geprägten Religionsgemeinschaften als Träger/innen von Integration. Die besondere Herausforderung für ihre Integrationsarbeit besteht darin zu reflektieren, wie sich die Öffnung nach außen angesichts religiöser Identität vollziehen kann. Die Religionsgemeinschaften müssen sich z.B. fragen, ob sie Integration nur für Mitglieder ihrer Religion oder generell für Migrant/innen fördern wollen? Diesen Fragen und Herausforderungen gab das Seminar Raum. Neben Diskriminierungsfragen wurde auch der interreligiöse Dialog allgemein und innerhalb eines Vereines thematisiert. Gleichzeitig wurde die besondere Bedeutung von Religionsgemeinschaften in der Einwanderungsgesellschaft behandelt. Auch das Vereinsrecht und die Jugendarbeit im Gemeindeleben waren Themen dieses Workshops.



Die dritte Fortbildungsreihe setzte zugunsten der Zielgruppe von jungen engagierten Migrant/innen einen Qualifizierungsschwerpunkt auf eine integrierte Juleica-Ausbildung; diese sollte den jungen Teilnehmer/innen eine professionellere Arbeit mit Kindern/Jugendlichen vor allem in interkulturellen Gruppen ermöglichen. Neben der Juleica-Ausbildung wurde daher ein Modul „Interkulturelle Kompetenzen, Konfliktmanagement und Mediation“, sowie ein Erste-Hilfe-Kurs mit interkultureller Ausrichtung integriert. Zwei aufeinander aufbauende Module deckten zu Beginn der Reihe diese Schulung ab. Die Vermittlung interkultureller Kompetenzen und die Reflexion eigener Diskriminierungserfahrungen standen im Mittelpunkt des Moduls „Interkulturelle Kompetenzen, Konfliktmanagement und Mediation“. Das Seminar sensibilisierte die Teilnehmer/innen für das Thema Vielfalt, für den Umgang mit interkulturellen Konflikten und mit Diskriminierung. Die Reflexion und Bearbeitung von Diskriminierungsvorfällen aus dem Alltag der Teilnehmer/innen nahm hierbei einen wichtigen Raum ein. Jene lernten Handlungsstrategien zum Umgang hiermit zu entwickeln und wurden für den Unterschied zwischen einem Konflikt und einer Diskriminierung sensibilisiert.

Alle drei Fortbildungsreihen haben einen Rahmen zur Bearbeitung von Erfahrungen der Ausgrenzung und Nicht-Teilhabe als alltagsprägender Moment der Teilnehmer/innen angeboten. Das Modul „Diskriminierungserfahrungen und Handlungsstrategien/AGG“ wurde in den ersten beiden Jahren ins Fortbildungskonzept verankert und im dritten Jahr in das Modul zum interkulturellen Lernen integriert. Diese Seminare ermöglichten den Austausch über eigene Diskriminierungserfahrungen, einen kritischen Umgang hiermit sowie das Erarbeiten von Handlungsstrategien. So lernten die Teilnehmer/innen verschiedene Formen, Ebenen und Aspekte von Diskriminierung kennen und konnten ihre hiermit verbundenen Gefühle reflektieren. Außerdem wurden sie angeregt, in Diskriminierungsfällen, in denen sie bewusst oder unbewusst andere ausgegrenzt hatten, einen Perspektivwechsel zu vollziehen. Generell wurde der bewusste Umgang mit Vorurteilen immer wieder thematisiert. Die Teilnehmer/innen erlebten dieses Modul als echtes Empowerment, da sie in geschütztem Rahmen eigene Diskriminierungserfahrungen mitteilen konnten.

Gelebte Partizipation und Vernetzung als Empowerment

Neben der Qualifizierung trugen ein partizipativer Ansatz und die Förderung von Vernetzung als Leitziele des Projektes entscheidend zum Empowerment der Teilnehmer/innen bei. Wesentliches Merkmal von EmPA II war es, die Partizipation nicht nur unmittelbar über die Professionalisierung der Teilnehmer/innen zu stärken, sondern auch direkt über eine gelebte Kultur der Partizipation in der Gruppe. Die partizipative Mitgestaltung betraf z. B. die Umsetzung der anstehenden Aufgaben, die Gestaltung von Gruppenprozessen sowie Fragen der Gesprächskultur. Die Teilnehmer/innen wurden hier durch Fragen wie „Was erwarten wir von den anderen? Wie soll unsere Gruppe funktionieren? Welche Regeln sollen bei der Gruppendiskussion gelten?“ eingebunden und konnten im Prozess stets Vorschläge und Ergänzungen einbringen. Empowerment fand somit über das eigene Anwenden und Erleben von Partizipation statt und vermittelte den Teilnehmer/innen ein Erfahrungswissen, das sie unmittelbar auf die Arbeit in ihren Organisationen übertragen konnten.

Die Beteiligungskultur wurde auch durch eine hiermit verbundene Kultur der Vernetzung und des Austauschs in der Gruppe gefördert. So gab es während des formellen Ablaufs viel Gesprächszeit für die Teilnehmer/innen, um sich gegenseitig durch das Teilen ähnlicher Erfahrungen, Probleme und auch Strategien zu stärken und zu unterstützen.

Die Initiative zur Gründung eines Dachverbandes von Migrantenorganisationen in Ostdeutschland, die im ersten Projektjahr im Rahmen eines Mini-Open-Space ihren Anfang nahm, ist ein eindrücklicher Beleg für die Initiativkraft des partizipatorischen Ansatzes sowie der Vernetzungsförderung. Welche Dynamik dieser Prozess angenommen hat, zeigt sich in der kontinuierlichen Weiterarbeit am Thema, deren Höhepunkt im zweiten und dritten Projektjahr jeweils die Durchführung einer Tagung war. So diskutierten am 29. April 2014 im Ministerium für Arbeit und Soziales von Sachsen-Anhalt 72 Interessierte, darunter viele EmPa-Teilnehmer/innen, Chancen und Herausforderungen der Dachverbandsgründung. Eine in der Folge entstandene Arbeitsgruppe vertiefte diesen Prozess während

einer Tagung am 14. Oktober 2014 in Magdeburg. Dieses Engagement und die aktive Teilhabe stärkten die Identität und das Selbstbewusstsein der EmPa-Teilnehmer/innen:

„Durch die Diskussion über einen Dachverband für MSO wird das gewachsene Selbstbewusstsein von Migrant/-innen deutlich.“

(TN-Rückmeldung nach der Tagung „Ein Dachverband für Migrantenorganisationen in Ostdeutschland?“, Magdeburg / 29.04.2014)

Solche Tagungen förderten die Vernetzung der Teilnehmer/innen nicht nur untereinander, sondern auch mit Akteuren der Mehrheitsgesellschaft. Letzteres erfolgte auf regionaler sowie überregionaler Ebene und sollte dazu beitragen, die Anerkennung und das positive Selbstbild der Migrantenorganisationen zu stärken und sie als Partner der Mehrheitsgesellschaft handlungsfähiger zu machen. Dieses Ziel wurde als Querschnittsaufgabe verfolgt – sowohl in der begleitenden Beratung der Teilnehmer/innen hinsichtlich ihrer Ansprache von Akteuren der Mehrheitsgesellschaft als auch durch die organisierten Tagungen. Sie gaben den Teilnehmer/innen Raum, ihre gesellschaftspolitischen Anliegen der Öffentlichkeit zu präsentieren, hierzu mit relevanten Akteuren in den Austausch zu treten und erste Schritte einer Zusammenarbeit anzubahnen. Die Bedeutung von Vernetzung wurde seitens der Teilnehmer/innen als wesentlich erkannt und in vielen Rückmeldungen zum Ausdruck gebracht. Exemplarisch sei hier folgendes Zitat genannt:

„Was brauchen die Migrantenorganisationen am meisten, um erfolgreich zu werden?

[...soziale Netzwerke, um deutsche Organisationen zu verstehen bzw. die Erfahrung von anderen zu sammeln]“

Solche Vernetzungsbemühungen in Richtung Mehrheitsgesellschaft verfolgten immer auch das Ziel der interkulturellen Öffnung sowie der Sensibilisierung der Aufnahmegesellschaft für die Belange von Migrantenorganisationen. Aufgrund der Langfristigkeit und Zeitintensität von Prozessen interkultureller Öffnung stellte diese jedoch nur ein Teilziel von EmPa II dar; es wurden kontinuierlich einzelne Schritte zur interkulturellen

Sensibilisierung der Mehrheitsgesellschaft umgesetzt. Neben genannten Fachtagungen waren dies im Projektalltag insbesondere Gespräche mit den kommunalen Ausländer- und Integrationsbeauftragten.

Begleitung und Beratung durch das Projektteam

Die Projektleitung und das Projektteam agierten während des gesamten Projektes als verlässliche Beratungs- und Begleitpersonen für die Teilnehmer/innen. Die Beratung baute auf den Seminarinhalten der ersten Phase des jeweiligen Projektjahres auf und intensivierte sich in der zweiten Hälfte. Die meisten Beratungsanfragen betrafen neue Projektideen und erste Schritte zu deren Umsetzung sowie zur Beantragung von Fördermitteln. Auch unterstützte das Projektteam häufig die Anbahnung von Kontakten zu Akteuren der Aufnahmegesellschaft, etwa den kommunalen Integrationsbeauftragten, Integrationsnetzwerken oder vorhandenen Beratungsstellen zur Bearbeitung von Diskriminierungsvorfällen.

Evaluation der Fortbildungen

Das Projekt legte großen Wert auf eine kontinuierliche und systematische Evaluierung der Teilmaßnahmen. So wurden alle Module und Veranstaltungen mithilfe eines Fragebogens nach den LQW-Richtlinien der RAA ausgewertet. Zudem fand am Ende jedes Seminars bzw. jeder Veranstaltung eine mündliche und offene Feedbackrunde statt. Nach den ersten beiden Projektjahren fanden zusätzlich Nachevaluationen der Fortbildungsreihen statt, um einen Eindruck über die Nachhaltigkeit der Ergebnisse zu erhalten. Ergebnisse sind in einem Evaluationsbericht zusammen gefasst.

Kooperation mit der Mehrheitsgesellschaft

Das Thema „Kooperation mit der Mehrheitsgesellschaft/Kooperation auf Augenhöhe“ zog sich wie ein roter Faden durch alle Seminare der Fortbildungsreihe. Die Teilnehmer/innen beschäftigten hierbei Fragen wie „Was brauchen Migrantenorganisationen, um ernst genommen zu werden und die Zusammenarbeit partner-



schaftlich zu gestalten? Welche Wege und Möglichkeiten stehen den Migrantenorganisationen zur Verfügung? Welche Kooperationen bestehen schon jetzt und welche Kooperationen sind uns für die zukünftige Planung wichtig und wie könnten wir sie aufbauen?". Gemeinsam mit den Projektteilnehmer/innen wurde die Bedeutung der Vernetzung und der Zusammenarbeit sowohl auf der regionalen als auch auf der landesübergreifenden Ebene thematisiert. Dies fand z. B. statt im praktischen Teil des Seminars „Religionsrecht und Gemeindeleben“, bei dem die Teilnehmer/innen die jeweilige Religionsgemeinschaft als Vereinsuniversum darstellten. Auch im Modul „Diskriminierungserfahrungen und eigene Handlungsstrategien“ kam die Zusammenarbeit mit der Aufnahmegesellschaft zur Sprache. Es zeigte sich, dass viele Migrantenorganisationen und Religionsgemeinschaften oft nicht als ernstzunehmende Kooperationspartner gesehen werden. Gerade deshalb besteht ein großes Bedürfnis nach Anerkennung. Folgende Antworten auf die Frage „Was wünschst du dir von den deutschen Organisationen und Einrichtungen, damit die Kooperation gelingt?“ bringen dies exemplarisch zum Ausdruck:

„[...] dass die ausländischen Mitbürger vom ersten Tag ihres Aufenthaltes in Deutschland als gleichberechtigte Menschen auf staatlicher Ebene behandelt werden“ (TN-Rückmeldung nach der I. Fortbildungsreihe 2012–2013)

„Anerkennung auf Augenhöhe“ (TN-Rückmeldung nach der II. Fortbildungsreihe 2013–2014)

Die Arbeit am Thema Vernetzung erwies sich daher als sehr sinnvoll und wurde sehr positiv seitens der Teilnehmer/innen aufgenommen.

Resümee

Die meisten Migrantenorganisationen kämpfen mit strukturellen Problemen: Das fängt mit der Ausstattung der Räumlichkeiten an – es fehlt ihnen an grundsätzlicher Ausstattung, wie etwa Geräten und Büromaterial. Die meisten Migrantenorganisationen erhalten die Finanzmittel fast ausschließlich aus Projektförderungen, aufgrund fehlender Eigenmitteln sind die Migrantenorganisationen jedoch auch von solchen Förderinstrumenten oft ausgeschlossen. Die Aufnahme in die Regelförderung scheint schwierig bis unmöglich zu sein. Diese Ausgangssituation macht ein eigenständiges professionelles Auftreten von Migrantenorganisationen kaum möglich und erschwert die Kooperation mit den großen „mehrheitsgesellschaftlichen“ Trägern.

Die Fortbildungsangebote für Migrant/innen, die sich in Migrantenorganisationen engagieren, verbessern das Know-how der Engagierten, können jedoch die strukturellen Probleme nicht beheben. Die Projektteilnehmer/innen, die sich in Migrantenorganisationen überwiegend ehrenamtlich engagieren, nehmen das erworbene Wissen nach einer Arbeitsaufnahme und/oder einem Wohnortwechsel mit, so dass nachhaltige Entwicklung von Migrantenorganisationen nach dem Projekt nur begrenzt stattfinden kann und Kontakte und Kooperationen oft zusammenbrechen. Nichtsdestotrotz konnte EmPa II den Projektteilnehmer/innen und den teilnehmenden Migrantenorganisationen einige Impulse geben und wir freuen uns über die im Projektzeitraum entstandenen Kooperationen und über die entwickelten Ideen.

Das EmPa-Projektteam bedankt sich ganz herzlich bei den Projektteilnehmer/innen für ihr Engagement und bei den Förderern und Kooperationspartnern des Projektes für die Zusammenarbeit bei der Umsetzung.

Dr. Nicolas Klein

Vorstandsvorsitzender des Migrantenrates der Landeshauptstadt Magdeburg e.V.
Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Sozial-Kulturellen Vereinigung „Meridian“ e.V.
(Sachsen-Anhalt)
EmPa-Teilnehmer 2012-2013



Zu der Gründungsidee
eines Dachverbandes der
Migrantenorganisationen
der neuen Bundesländer



Es sind schon einige Jahre vergangen seit meiner Teilnahme an dem Qualifizierungsprogramm „Migrantenorganisationen fördern und stärken“ 2012 bis 2013. Sicherlich hat die Teilnahme am Projekt mein berufliches Engagement in einer Migrantenorganisation „Meridian“ sehr gestärkt. Die Organisation des EmPa II – Qualifizierungsprogramms „Migrantenorganisationen fördern und stärken“ verdient nur Lob und Dank. Tatsächlich, die Themen der Seminare versprachen viel, beispielsweise: «Kommunikation, Moderation und Konfliktmanagement», «Diskriminierungserfahrungen und Handlungsstrategien», «Projektmanagement: Projekte entwickeln – durchführen abschließen», «Empowerment für gesellschaftliche und politische Beteiligung», «Vereinsleben und Vereinsrecht: von der Gründung bis zur Steuererklärung», «Erfolgreiche Öffentlichkeits- und Medienarbeit». Mit der Zeit begriff ich, wie wenige Kenntnisse ich in diesem Bereich habe. Wir als Migrantenorganisation mussten uns vieles selbst aneignen, ohne qualifizierte Hilfe, was viele Fehler und Qualitätsverlust mit sich brachte.

Ein herzlicher Dank geht an Frau Dina Ulrich, die unsere Probleme und Fragen wahrnahm und eine schnelle Lösung dazu fand. Die hochqualifizierten ReferentInnen konnten die Information so zugänglich für uns vermitteln, dass es nie langweilig war.

Das Projekt zielte auf die Förderung der sozialen, kulturellen und politischen Partizipation von bleibeberechtigten Migrantinnen und Migranten aus allen neuen Bundesländern (Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen). Mit diesem Projekt gab es die Möglichkeit, an einer Fortbildungsreihe teilzunehmen, die neue praxisbezogene Kompetenzen zur Selbstorganisation vermittelte, sowie Gelegenheiten bot, überregionalen Austausch und Vernetzung zu organisieren. Diese zwei Punkte – überregionaler Austausch und Vernetzung – sind für unsere Migrantenorganisationen heutzutage wichtig, denn Migrantenorganisationen in den neuen Bundesländern unterscheiden sich von Migrantenorganisationen in den alten Bundesländern. Es geht in diesem Fall um die kleinen Vereine mit relativ hoher Fluktuation, die fast ausschließlich ohne finanzielle Unterstützung arbeiten. Regionen übergreifende Netzwerke bestehen


nicht, auch sind ostdeutsche Migrantenorganisationen nur sehr begrenzt in bundesweite Netzwerke eingebunden. Trotz dieses strukturellen Unterschieds kann die Integration von Migrantinnen und Migranten in das soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben der deutschen Gesellschaft nur gelingen, wenn Migrantenorganisationen die Teilhabemöglichkeiten aktiv nutzen und mitgestalten können.

Teilhabe und Partizipation setzen voraus, dass die Integrationspolitik der neuen Bundesländer einerseits Benachteiligungen von Migrantinnen und Migranten entgegenwirkt, andererseits aber auch ihre unterschiedlichen Potenziale fördert und nutzt. Integration ist dabei vor allem Gewinn, ihre Chancen und Vorteile müssen verstärkt im Interesse aller wahrgenommen werden. Um die Integrationspolitik zu realisieren, sollen die Partizipation und Positionierung von Migrantinnen und Migranten und ihrer Organisationen nicht nur initiiert, sondern auch gefördert werden.

Mit der Zeit begriffen wir, dass die Probleme bei uns bleiben, die Probleme, die für alle neuen Bundesländer typisch sind. Deshalb kamen wir zu der Idee, eine Struktur zu gründen, die das Interesse unserer Migrantenorganisationen auf Bundesebene vertreten soll.

Gründungs idee eines entsprechenden Dachverbandes der Migrantenorganisationen der neuen Bundesländer e.V. soll es sein, die gleichberechtigte Teilhabe von Migranten/innen auf gesellschaftlicher und politischer Ebene sowie am kulturellen Leben zu unterstützen. Hierzu soll der Dachverband die Integrationsschritte der Migrantenorganisationen, die noch wenig Erfahrung haben, durch ihre Professionalisierung unterstützen und aktivieren. Damit wird das Zugehörigkeitsgefühl der Mitglieder der Migrantenorganisationen als positives Potenzial für ihre Integration in die deutsche Gesellschaft genutzt.

Der Vorstand des Dachverbandes soll als gleichberechtigter Partner über die kommunale und Landesebene hinaus auf Bundesebene tätig sein. Das bedeutet, dass er stärker mit allen deutschen Institutionen und Organisationen kooperieren soll, um das Ziel der Integration der Migranten/innen zu erreichen.



An dieser Stelle sagen wir herzlichen Dank den OrganisatorInnen des Projekts Empa II – Qualifizierungsprogramm „Migrantenorganisationen fördern und stärken“ für die Bereitschaft, uns bei der Umsetzung der Gründungsidee eines Verbands der Migrantenorganisationen der neuen Bundesländer zu helfen. In diesem Verband werden Vertreter/innen der Migrantenorganisationen aller großen Landkreise in allen neuen Bundesländern vertreten sein. Zur Benennung der Mitglieder sollen freie demokratische Wahlen in jedem Landkreis stattfinden. Migrantenorganisationen auf Landkreiswahlversammlungen wählen Delegierte für

die Landeswahlversammlung und die Landeswahlversammlung wählt Vertreter/innen für den Dachverband der neuen Bundesländer e.V. Die Vertreter/innen des Dachverbandes wählen ihren Vorstandsvorsitzenden und weitere Mitglieder des Vorstandes.

Ich hoffe, dass diese Idee realisiert wird – nicht zuletzt durch die Unterstützung der Migrantenorganisationen seitens Frau Susi Möbbeck, Integrationsbeauftragte der Landesregierung Sachsen-Anhalt und der LAMSA, die die Schirmherrschaft übernehmen wird.



Dr. Karamba Diaby

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe



Bedeutung der Vernetzung der Migrantenorganisationen in Ostdeutschland

Ein Vortrag von der Fachtagung
„Ein Dachverband für Migrantenorganisationen
in Ostdeutschland? Erfahrungen und Engagement
bündeln und nutzbar machen“
(Magdeburg, April 2014)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,

ich freue mich Sie und Euch bei der heutigen Fachtagung wieder zu sehen.

Herzlichen Dank für die Einladung.

Ohne Zweifel: Den Jahrzehnte dauernden Grundsatzstreit – maßgeblich in den alten Bundesländern geführt – ob Migrantenorganisationen nun Integrationsbrücke oder „Integrationsfalle“ seien, haben wir überwunden. Das zeigt: wir sind auf dem richtigen Weg.

Denn inzwischen besteht Konsens, politisch und wissenschaftlich, dass Migrantenorganisationen eine wichtige Bindegliedfunktion zwischen sogenannter Sozial- und Systemintegration erfüllen. Sie erfüllen auch eine Brückenfunktion zwischen Herkunfts- und Ankunftsland. Die Palette an Migrantenorganisationen ist sehr vielfältig: Vom Sport, über den Eltern-, Kultur- oder Flüchtlingsverein bis hin zur politischen Interessenvertretung.

Migrantenorganisationen werden öffentlich kaum wahrgenommen. Dennoch erfreuen sich Migrantenorganisationen in Zeiten von Islamkonferenz, Integrationsgipfel, Nationalen Aktions- und Integrationsplänen starker Nachfrage im Politik- und Medienbetrieb. Sie sollen und wollen als professioneller gesellschaftspolitischer Akteur an der Gestaltung der deutschen Einwanderungsgesellschaft mitarbeiten.

Im NAP selbst heißt es: „Sie sind Ansprechpartner für Politik, Wirtschaft und Verwaltung, aber auch für die Öffentlichkeit und übernehmen insoweit eine Brückenfunktion zwischen Zuwanderungsgruppen und der Mehrheitsgesellschaft ohne Migrationshintergrund.“

Ich selbst weiß aus meiner jahrelangen ehrenamtlichen Erfahrung wie wichtig Ihre Arbeit in den Migrantenorganisationen und in den gesellschaftlichen Institutionen als Interessenvertreter ist.

Aus der Brille des Bundestagsabgeordneten kann ich Ihnen sagen:

Wir arbeiten daran gute Rahmenbedingungen für bundesweit tätige Migrantendachorganisationen zu schaf-

fen. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hat die SPD-Bundestagsfraktion Vorschläge zur Finanzierung und Unterstützung von Migrantenorganisationen in die parlamentarischen Beratungen eingebracht.

Auch im Koalitionsvertrag hat sich die SPD damit durchgesetzt, dass erstmals bundesweit tätige Migrantendachorganisationen eine finanzielle Förderung vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhalten. Der erste Haushaltstitel ist nur ein erster kleiner, längst überfälliger Schritt die Vielfalt und das Engagement anzuerkennen. Und mit der Staatsministerin für Integration, Aydan Özoguz, haben wir eine Verfechterin für die Stärkung von Migrantenorganisationen.

Der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag wird sich auf meinen Vorschlag hin im Herbst mit dem Thema Interkulturelle Öffnung von Engagementstrukturen befassen. Darunter fällt u.a. die Frage der Möglichkeiten finanzieller Förderung von Migrantenorganisationen im Bund.

Nun mögen Sie sich fragen, was die Förderung auf Bundesebene mit der Frage nach einem Dachverband für Ostdeutschland zu tun hat?

Nun:

Der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement nimmt die politischen Gelegenheitsstrukturen für Migrantenorganisationen in Deutschland unter die Lupe. Wir werden erörtern wie tragfähige Förderstrukturen von bundesweit tätigen Migrantenorganisationen etabliert werden können.

Für mich persönlich ist das Ziel die spezifische Förderung von Migrantenorganisationen durch eine Grundausstattungsförderung zu etablieren, sowie die infrastrukturelle Förderung und Unterstützung bei der Projektförderung und die Öffnung bestehender Förderstrukturen für bundesweit tätige Migrantenorganisationen.

Wir stehen bei der Förderung von Migrantenorganisationen noch am Anfang in Deutschland: je nach Bundesland gibt es vergleichsweise üppige Fördertöpfe (NRW) oder eben projektbasierte Förderung. Ein Konzept aus einem Guss? Fehlangeige.



Dabei stoßen bundesweit tätige Dachorganisationen immer auf folgende Hürden, die Ihnen sicher bekannt vorkommen und die für die heutige Diskussion, sowie für die Frage nach der Notwendigkeit eines Dachverbandes relevant sind:

Da ist beispielsweise die unzureichende Kenntnis über bestehende Fördermöglichkeiten in den einzelnen Migrant*innenorganisationen, es bestehen aber auch formelle Hürden (z.B. fehlende Mitgliedschaft bei einem Wohlfahrtsverband), oftmals muss ein hoher Eigenanteil geleistet werden und lange Phasen der Vor- und Zwischenfinanzierung (insbesondere bei EU-Mitteln).

Diese Hürden führen dazu, dass sich Migrant*innenorganisationen von einer Projektförderung zur nächsten hangeln, qualifiziertes Personal nur schwerlich gehalten werden kann und somit auch eine Kontinuität im Know-how fehlt. Kurzum: Das sind keine guten Rahmenbedingungen für die wichtige gesellschaftspolitische Arbeit von Migrant*innenorganisationen.

Dank des Föderalismus wird es weiterhin eine uneinheitliche Förderpraxis geben. Aber für den Bund arbeiten wir an einem Konzept. Hier bin ich auch auf Ihre Expertise angewiesen, denn wir müssen viele Fragen beantworten:

Welche Kriterien wollen wir anlegen für eine projektunabhängige Förderung? Hinsichtlich der Arbeit, der Reichweite und Größe? Wer soll entscheiden über die Mittelvergabe? Schließlich: Können wir von unseren europäischen Nachbarn lernen?

Die Gründung eines Dachverbandes in Ostdeutschland hat – nun aus der Perspektive des Bundespolitikers gesprochen – großen Charme.

Mit der Brille des Kommunalpolitikers gesprochen: Gerade wir in Ostdeutschland tun gut daran, uns zu vernetzen. Von unseren Stärken und Erfahrungen wechselseitig zu profitieren und gemeinsam eine starke ostdeutsche Interessevertretung zu bilden. Wir alle wissen: In unseren Kommunen und Bundesländern sind wir vergleichsweise wenige. Durch Kooperation und Vernetzung aber lassen sich unsere gemeinsamen Interessen noch stärker vertreten.

Ich spreche aus eigener Erfahrung, denn im Jahr 2008 habe ich gemeinsam mit anderen Aktiven das Landesnetzwerk der Migrant*innenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) gegründet. Seither wächst und gedeiht LAMSA. Aus meiner Sicht eine Erfolgsgeschichte.

Daher kann ich Sie nur ermutigen, gemeinsame Ziele zu identifizieren und sich zu vernetzen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Mika Kaiyama

Landesnetzwerk Migratenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.



Ein Dachverband für Migrantenorganisationen in Ostdeutschland?

Ein Vortrag von der Fachtagung
„(Politische) Teilhabe von Migrant/innen
zwischen Integrationskonzepten und Realität“
(Potsdam, Mai 2015)



Ein Dachverband für Migrantenorganisationen in Ostdeutschland?

Mika Kaiyama, Landesnetzwerk Migrantenorganisationen
Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.

Tagung „(Politische) Teilhabe von Migrant/innen zwischen
Integrationskonzepten und Realität“
am 04.05.2015 in Potsdam

Bisheriger Prozess

**Fachtagung
am 29.04.2014, Magdeburg**

**„Ein Dachverband für Migrantenorganisationen in
Ostdeutschland?“**

**Erfahrungen und Engagement bündeln und nutzbar machen“
im Rahmen des Projektes**

**„EmPa II – Empowerment und Partizipationsförderung
für Drittstaatenangehörige in den neuen Bundesländern –
Kooperation auf Augenhöhe“**

Bisheriger Prozess

Einführungsvorträge zu Themen Vernetzung, rechtliche Rahmenbedingungen, Formate

- **Beteiligungsorientierte Diskussionen (Open Space)**
- **Thematische Arbeitsgruppen**
- **drei Runden**
- **Ergebnispräsentation / Diskussion im Plenum**
- **Bildung einer Initiativgruppe zur Planung der weiteren Fachtagung**



Rege Beteiligung der Migrantenorganisationen aus Ost-Bundesländern



Initiativgruppe:

- Landesverband Integrationsnetzwerk Sachsen e.V.
 - Fr. Tatjana Jurk
- LAMSA e.V.
 - Herr Mamad Mohamad
 - Frau Mika Kaiyama
- Netzwerk der Migrantenorganisationen in Mecklenburg-Vorpommern – Migranet-MV
 - Hr. Dr. Rubén Cárdenas
- Migrations- und Integrationsrat Land Brandenburg – MIR e.V.
 - Fr. Diana Sandler
- Ausländerbeauftragter der Stadt Dessau-Roßlau
 - Hr. Harold Ibañez Vaca
- Neue Zeiten e.V. / Brandenburg
 - Hr. Dr. Waldemar Bauer
- Hr. Dr. Nicolas Klein

Bisheriger Prozess

- ▶ Zweck der Gründung eines Dachverbandes für die ostdeutschen Migrantenorganisationen
- ▶ Klärung der Mitgliedschaft (Organisationen, Einzelpersonen, Vereinen etc.)
- ▶ Handlungsfelder festlegen: Politische Interessenvertretung / Beratung der Migrantenorganisationen
- ▶ Strukturfrage des Dachverbandes



Bisheriger Prozess

Weitere Kontaktaufnahme nach Thüringen, MVP

**Initiativegruppe erstellt das Arbeitspapier als
Diskussionsvorlage**

→ 2. Fachtagung

Fachtagung am 14.10.2014, Magdeburg

„Ein Dachverband für Migrantenorganisationen in Ostdeutschland“

Workshop I

Struktur und Ziele des Dachverbandes

Workshop II

Politische Rahmenstruktur des Dachverbandes

Workshop III

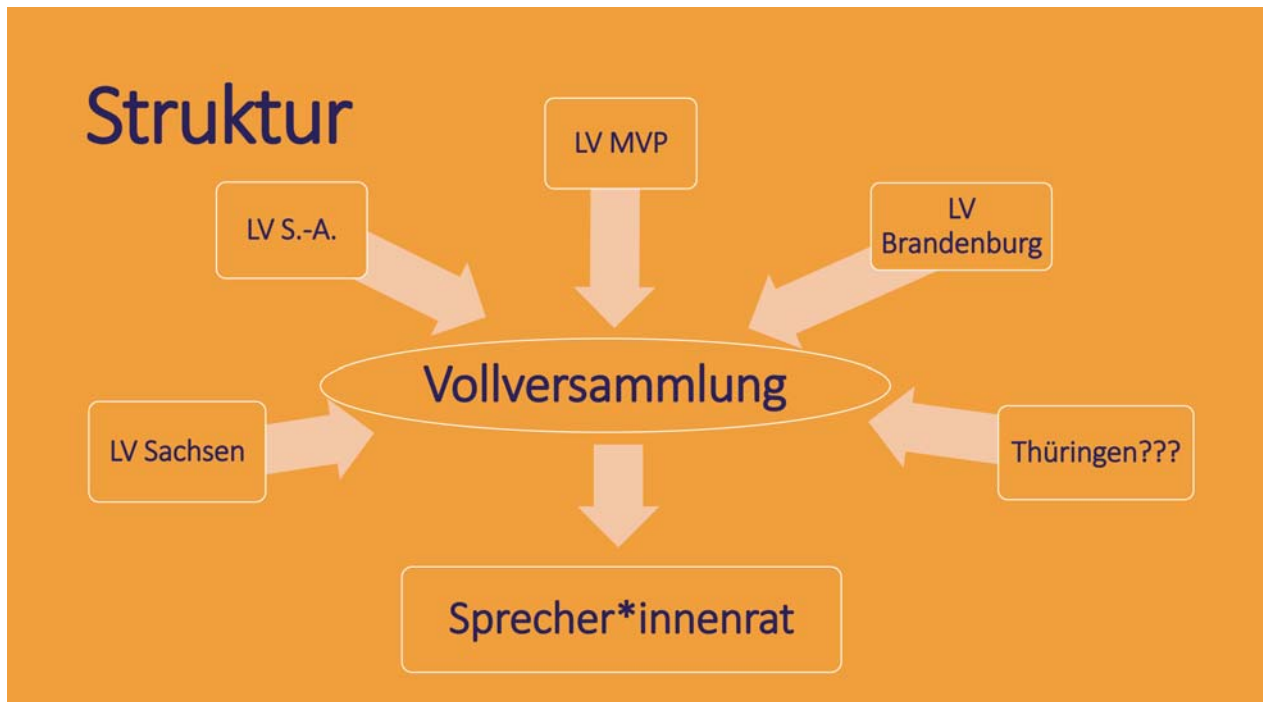
Offenes Thema – welches Thema im Hinblick auf die
Dachverbandgründung ist für Sie wichtig?



Struktur und Zielsetzung

Zielsetzung

- Politische Partizipation und
- Politische und soziale Interessenvertretung
- Bekämpfung von Radikalismus/Diskriminierung jeglicher Art
- Stärkung der Kompetenzen der Migrant*innen durch Qualifizierung
- Strukturelle Unterstützung der MO
- Beratungsangebote für interkulturelle und –religiöse Öffnung



Politische Rahmenstruktur des Dachverbandes



Politische Rahmenstruktur des Dachverbandes

„Politische Forderungen des Dachverbands der MO aus Ostdeutschland“

1. Die Verbesserung der Möglichkeiten der politischen Partizipation von Migrant*innen
2. Die Ostbundesländer verankern die Integration von MigrantInnen als Pflichtaufgabe in der Landesverfassung
3. Umsetzung des Integrationskonzeptes der Landesregierung in allen Feldern der Integrationsförderung
4. Die Verbesserung der Lebenssituation und rechtlichen Situation von Flüchtlingen in den neuen Bundesländern
5. Bekämpfung des Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus
6. Abbau von Diskriminierung
7. Stärkung und Unterstützung der Selbstorganisation von MigrantInnen durch entsprechende Landesförderungen
8. Willkommens- und Anerkennungskultur
9. Ein Doppelstaatler ist kein schlechter Deutscher



Weitere Themenfelder?



Vertretungsfrage

Mitgliedschaft einzelner Personen?

Vertretung in Dachverband durch Landesverbände

Hindernisse...

Ewige Frage der Mitgliedschaft:

Einzelpersonen ja oder nein???

Wenn ein Bundesland über keinen Landesverband verfügt?



Und weiter?

Vereinbarung bis zur Gründung des Dachverbandes:

- 6 Vertreter*innen je Bundesland
- Landesinterne Klärung der Vertretung in Dachverband

Kontakt

Landesnetzwerk Migrantorganisationen Sachsen-Anhalt
(LAMSA) e.V.

Herr Mamad Mohamad

Bernburger Straße 25a | 06108 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 171 94 051

[E-Mail: Info@lamsa.de](mailto:Info@lamsa.de)





Fotodokumentation der Abschlusstagung

(Potsdam, 4. Mai 2015)



EM+PA^[II]

EMPOWERMENT UND PARTIZIPATIONSFÖRDERUNG
FÜR DRITTSTAATENANGEHÖRIGE IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

RAA
BRANDENBURG

Regionale Arbeitsstellen
für Bildung, Integration
und Demokratie



Dokumentation der Abschlusstagung

„(POLITISCHE) TEILHABE VON MIGRANT/INNEN ZWISCHEN INTEGRATIONSKONZEPTEN UND REALITÄT“

des Projektes

„EmPa II – Empowerment und Partizipationsförderung
für Drittstaatenangehörige in den neuen Bundesländern –
Kooperation auf Augenhöhe“

04.05.2015 / Landtag Brandenburg, Potsdam



Mecklenburg
Vorpommern



Der Sächsische Ausländerbeauftragte



Freistaat
Thüringen

Ministerium
für Soziales, Familie
und Gesundheit





EmPa II - Abschlusstagung | Fotodokumentation

Anreise und Imbiss





EmPa II - Abschlusstagung | Fotodokumentation





EmPa II - Abschlusstagung | Fotodokumentation

Begrüßung durch die Landtagspräsidentin Britta Stark





EmPa II - Abschlusstagung | Fotodokumentation

und seitens der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg Dr. Doris Lemmermeier





EmPa II - Abschlusstagung | Fotodokumentation

Rückblick auf das Projekt Empa II mit Anna Engelmann und Oksana Fix Projektteilnehmerinnen und Koordinatorinnen des „Interkulturellen Begegnungszentrums WELT“ (IBZ WELT)



Übergabe der Teilnahmebestätigungen





EmPa II - Abschlusstagung | Fotodokumentation

**Einführungsvortrag „(Politische) Teilhabe von Migrant/innen
zwischen Integrationskonzepten und Realität“
von Prof. Dr. Dietrich Thränhardt**





EmPa II - Abschlusstagung | Fotodokumentation

Vortrag und Diskussion zum Thema „Ein Dachverband für Migrantenorganisationen in Ostdeutschland?“ von Mika Kaiyama (LAMSA e.V.)





EmPa II - Abschlussstagung | Fotodokumentation

Die Workshops

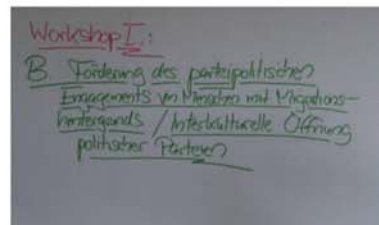
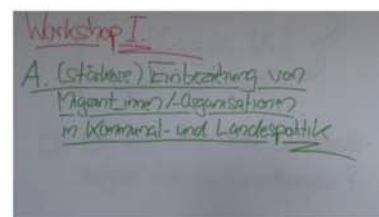
Workshop I: Stärkung der Teilhabe von Migrant/innen in der Kommunal- und Landespolitik – ist „Interkulturelle Öffnung (IKÖ)“ in Parteien ein erster Schritt?

Input: Marie Luise von Halem

Moderation: Rainer Spangenberg



Ergebnisse:





EmPa II - Abschlusstagung | Fotodokumentation

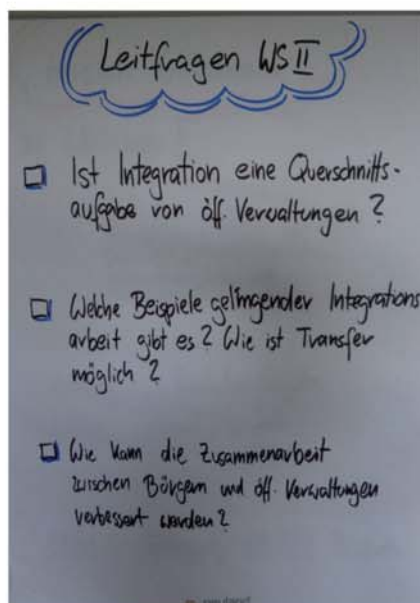
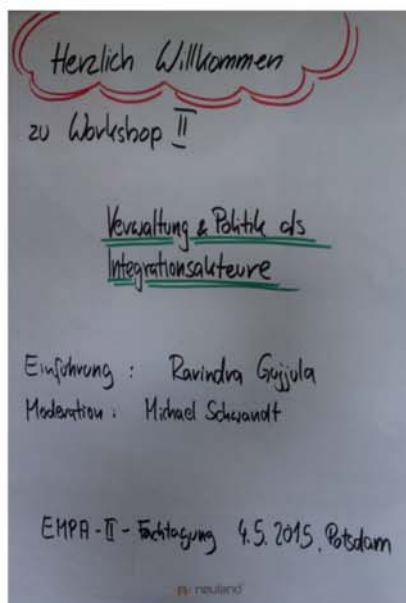
Workshop II: Verwaltung und Politik als Akteure in der Integrationsarbeit – wie notwendig sind zukunftsweisende Strategien und die Beteiligung von Migrant/innen?

Input: Ravindra Gujjula

Moderation: Michael Schwandt



Ergebnisse:



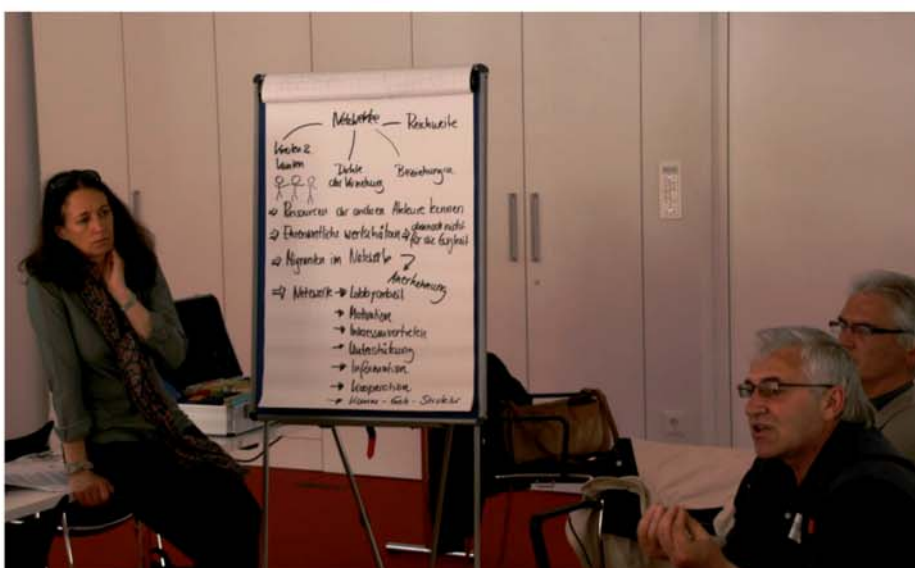


EmPa II - Abschlusstagung | Fotodokumentation

Workshop III: Integrationsnetzwerke: Potentiale, Problemlagen, Perspektiven – sind sie das Fenster ins Gemeinwesen?

Input: Harold Ibañez Vaca

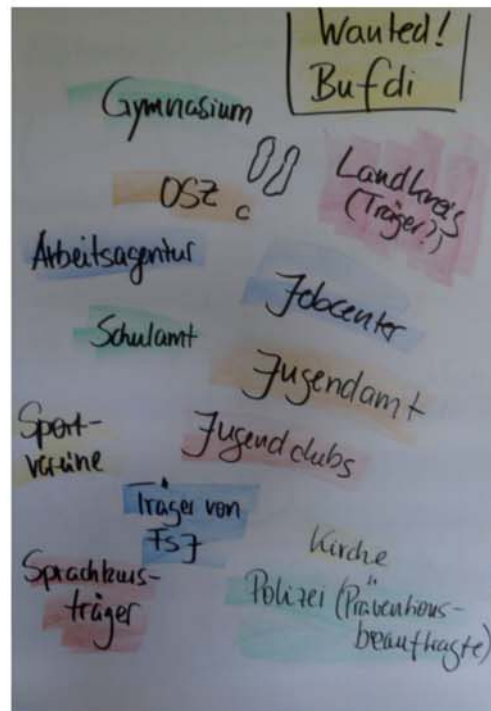
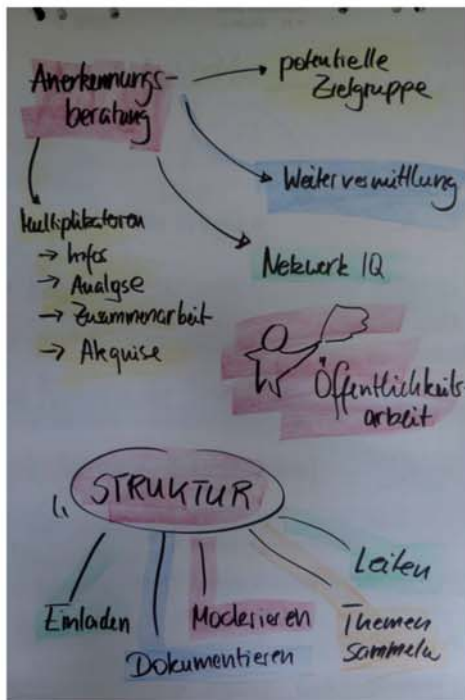
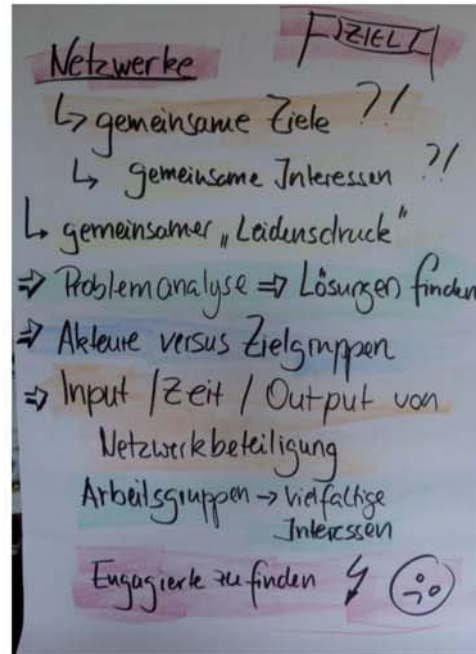
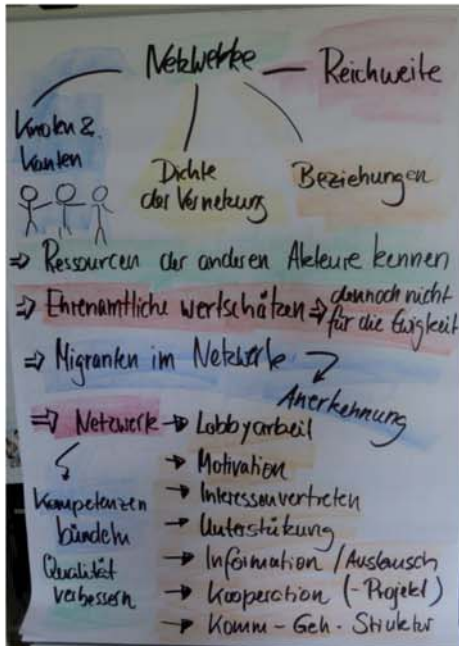
Moderation: Angela Fleischer-Wetzel





EmPa II - Abschlusstagung | Fotodokumentation

Ergebnisse:





EmPa II - Abschlusstagung | Fotodokumentation

Workshop IV: Bildung als Stärkung (politischer) Teilhabe von Migrant/innen: Ressourcen und Zugänge erkennen und nutzen – wie geht das im kommunalen Kontext?

Input: Elena Spangenberg

Moderation: Lena Fleck



Ergebnisse:





EmPa II - Abschlusstagung | Fotodokumentation

Workshop V: „Kookurrenz“: Integrationsbeiräte, Migrantenorganisationen und andere Akteure zwischen Kooperation und Konkurrenz – geht es auch anders?

Input: Magdolna Grasnick

Moderation: Marianne Ballé Moudoumbou



Ergebnisse:





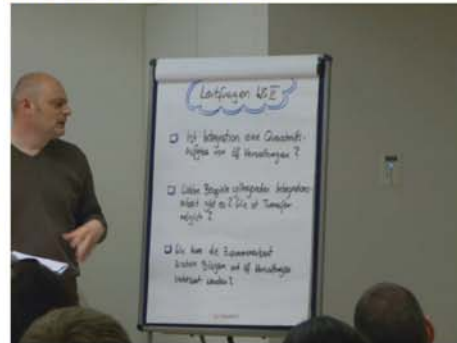
EmPa II - Abschlusstagung | Fotodokumentation

Berichte aus den Workshops

Workshop I: Rainer Spangenberg



Workshop II Michael Schwandt



Workshop III Angela Fleischer-Wetzel



Workshop IV Lena Fleck



Workshop V Marianne Ballé Moudoumbou





EmPa II - Abschlusstagung | Fotodokumentation

Abschluss und Verabschiedung

Alfred Roos (Geschäftsführer der RAA Brandenburg)



Die Fachtagung fand im Rahmen des Projektes EmPa II statt, welches aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds und des Landes Brandenburg kofinanziert wurde. Die Fachtagung wurde außerdem durch die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung gefördert.





Ruth Blau, Redaktion



Evaluationsbericht EmPa II



Qualitätsstandards

Die Durchführung und die Wirkung von EmPa II lässt sich aufgrund der Evaluierungsmaßnahmen durchweg als positiv bis sehr positiv einstufen. Grundlage dieser Einschätzung ist die kontinuierliche projektbegleitende Auswertung aller Seminare bzw. Veranstaltungen durch die Teilnehmer/innen.

Diese fand systematisch mithilfe eines Fragebogens nach den Qualitätsrichtlinien der RAA statt und wurde ergänzt durch mündliche und offene Feedbackrunden zum Abschluss jeder Veranstaltung. Nach Auswertung der Fragebögen zu jedem Seminar/jeder Veranstaltung wurden zum Ende einer jeden Fortbildungsreihe statistische Durchschnittswerte zu allen Fragen gebildet. Um eine Idee von den ausgewerteten Items zu haben, seien hier exemplarisch einzelne Aussagen genannt:

„Ich habe Fähigkeiten und Methoden kennen gelernt, die ich im Alltag anwenden kann.“

„Der Seminarteil Projektmanagement/ Kommunikation... war für mich nützlich.“

„Es ist mir leicht gefallen, mich zu beteiligen.“

„Ich konnte den Seminarleiter/-innen sprachlich gut folgen.“

Bei diesen und anderen Items lag die durchschnittliche Bewertung und damit die Teilnehmerzufriedenheit in allen Projektjahren durchweg bei gut bis sehr gut. Damit können die Qualitätsstandards für die Arbeit in heterogenen Zuwanderergruppen, die in EmPa I erarbeitet worden sind und Maßstab der Seminarplanung in EmPa II waren, als bewährt betrachtet werden.

Nach den ersten beiden Fortbildungsreihen wurde die Nachevaluation der jeweiligen Fortbildungsreihe durchgeführt. Die Teilnehmer/innen erhielten den etwas geänderten und für die Nachevaluation angepassten Fragebogen per Post und hatten 3 Wochen Zeit, die Fragen zu beantworten. Mit einiger Distanz – 4 Mo-

nate nach dem letzten Seminar – haben die Projektteilnehmer/innen die positiven Rückmeldungen zu den Inhalten der Fortbildungsreihe bestätigt.

Die durchschnittliche Gesamtnote der ersten Fortbildungsreihe betrug in der Evaluation 1,63¹⁾ und in der Nachevaluation – 1,59. Die durchschnittliche Gesamtnote der zweiten Fortbildungsreihe betrug in der Evaluation 1,60 und in der Nachevaluation – 1,54. Die durchschnittliche Bewertung der Seminare anhand der Frage „Insgesamt hat das Seminar meine Erwartungen erfüllt“ ergab einen Wert von 1,5.

Zu den erarbeiteten Qualitätsstandards gehören insbesondere eine kultursensible Moderation und Seminarleitung, die der kulturellen Heterogenität der Gruppenzusammensetzung Rechnung trägt und versucht, Allen Raum zur Beteiligung zu geben. Ein wertschätzender, ressourcenorientierter Umgang mit den Teilnehmer/innen und ein adressatenorientierter Ansatz sind ebenso wesentliche Qualitätsmerkmale. Die beteiligten Migrant/innen wurden demzufolge nicht aus einer defizitorientierten Sicht wahrgenommen, sondern die jeweiligen Inhalte der Seminare wurden ausgehend von individuellen Ressourcen und Bedarfsbeschreibungen entwickelt. Die Beteiligung der Adressat/innen an der Gestaltung der Gruppenprozesse und der Projektinhalte war ein zentraler Ansatz des Projektes und der Fortbildungskonzepte. Beteiligung und eine kontinuierliche wertschätzende Einladung zur Äußerung eigener Erwartungen, Bedürfnisse und Fragen prägten die Seminararbeit der Dozent/innen. Gerade mit Blick auf die Gruppe der Migrant/innen sind diese Ansätze sinnvoll, um oft vorhandene Hemmschwellen bewältigen zu können – seien es Hemmschwellen aufgrund der Sprachbarriere oder aufgrund soziokulturell geprägter Zurückhaltung bzw. Höflichkeit. Bezüglich letzterer kam es vor, dass Teilnehmer/innen die Wortmeldung in der Gruppe scheuten, da sie den Referenten umfassende Kompetenzen zuschrieben und fürchteten, ihre Beiträge könnten anmaßend oder kritisierend aufgefasst werden.

1) Bewertung nach Schulnoten.

Der sensible Umgang mit Sprache gehört ebenfalls zu den hier relevanten Qualitätsmerkmalen. Seitens der Referenten/innen wurde stets versucht, ihre Sprache an das Verstehensniveau der Teilnehmer/innen anzupassen und eine leichte Sprache zu nutzen (u.a. ohne Fremdwörter, Abkürzungen). Auch die Wertschätzung möglichst vieler beteiligter Sprachen durch praktizierte Mehrsprachigkeit kennzeichnet dies. Deutsch wurde als allgemeine Seminarsprache verwendet, insbesondere in Kleingruppen gab es aber Raum, um sich in muttersprachlichen oder anderssprachlichen Gruppen zu unterhalten bzw. füreinander in eine Drittsprache zu übersetzen.²⁾

Qualifizierung

Die Inhalte der Qualifizierung bestätigten sich in Konzeption und Schwerpunktlegung während der gesamten Projektlaufzeit i.W. als erfolgreich. So wurden die im ersten Jahr durchgeführten Module zur Förderung allgemeiner Kompetenzen der Selbstorganisation und Beteiligung mit geringen Veränderungen auch im zweiten Jahr umgesetzt. In Weiterentwicklung der ersten Fortbildungsreihe erhielt das Modul Projektmanagement im zweiten Jahr mehr Raum. Inhaltlich wurden zwei Blöcke mit dem Schwerpunkt „Projekte entwickeln, planen, durchführen“ und dem Schwerpunkt „Projektfinanzierung“ realisiert. Die beiden Module wurden in einer ausgewogenen Mischung von Theorie und Praxis gestaltet. Den Praxisbezug gewährleistete insbesondere die intensive Arbeit in Kleingruppen, bei der die Teilnehmer/innen eigene Projektideen entwickelten und untersetzten.

Wie motivierend diese Seminare hinsichtlich der Projektentwicklung wirkten, lässt sich an der regen Aktivität der Teilnehmer/innen in der zweiten Hälfte des Jahres feststellen. Nach dem Seminarblock Projektmanagement arbeiteten viele konkrete Ideen für neue Pro-

jekte in ihren Vereinen und Gemeinden aus. Auch richteten sie wiederholt Beratungsanfragen zur Projektentwicklung an das EmPa-Team.

Folgende exemplarische Zitate verdeutlichen den starken Wissensbedarf hierzu:

*„Am wichtigsten war es für mich ... zu lernen und zu verstehen, wie man Projekt planen und rechnen muss.“
(Teilnehmer-Rückmeldung nach der II. Fortbildungsreihe 2013-2014)*

*„Welches Thema von unseren Seminaren war für Dich besonders wichtig oder interessant?
[...] Projektmanagement – man hat nach diesem Seminar viele neue Ideen bekommen und die genaue Vorstellung, wie man die verwirklichen kann.“
(Teilnehmer-Rückmeldung nach der I. Fortbildungsreihe 2012-2013)*

Das intensive Interesse am Thema ist ein erfreuliches Indiz für eine nachhaltige Wirkung des Moduls Projektmanagement und erklärt die sehr positive Beurteilung. Weiterhin erhielten die Module zur Kommunikation und zur Öffentlichkeitsarbeit sehr positive Bewertungen in der Evaluation, da auch sie ähnlich wie das Projektmanagement zur Steigerung der Professionalität und Handlungskompetenz der Migrant*innenorganisationen beitragen. Gerade zu Fragen der Öffentlichkeitsarbeit hatten die Teilnehmer/innen großen Lernbedarf. Sie waren dankbar, dass der Referent ihnen kompetent Auskunft gab zu Fragen wie „Welche Bilder aus dem Internet darf ich nutzen?“ oder „Worauf muss ich bei der Erstellung einer Internetseite achten?“.

Der Qualifizierungsbedarf in jenen Bereichen erklärt sich teilweise dadurch, dass die meist ehrenamtlichen Mitarbeiter der Migrant*innenorganisationen nicht ausreichend über diese Fähigkeiten verfügen und den Strukturen keine Mittel zur Verfügung stehen, sich hierin zu

2) Vgl.: Charlotte Große: Bildungsstandards in der politischen Partizipationsförderung für Migrant*innenorganisationen, Projektergebnisse und Erfordernisse, in: Interkulturelle Beiträge 43, Demokratische Beteiligung und Integration, hg. von RAA Brandenburg, Demokratie und Integration Brandenburg e.V., Potsdam 2011, S. 19-36.



schulen. Gleichzeitig wird dies als klares Defizit wahrgenommen – gerade auch in der Zusammenarbeit mit deutschen Integrationsakteuren. Es scheint daher empfehlenswert, solchen Seminaren bei ähnlichen Projekten einen breiten Raum einzuräumen und die Praxisausrichtung stärker zu berücksichtigen.

Das dritte Projektjahr richtete sich an Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationsgeschichte und zielte darauf ab, ihnen qualifizierte Kompetenzen für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen vor allem im interkulturellen Kontext mitzugeben. Die Fortbildungsreihe integrierte daher eine klassische Juleica-Ausbildung (Jugendleiter/innenCard) und ein Modul zum interkulturellen Lernen. Aus Sicht der Teilnehmer/innen war die Erlangung von Reflexions- und Handlungskompetenz im Umgang mit Konflikten und Diskriminierung ein wesentlicher Gewinn für ihre eigene Arbeit. Hierbei hatte das Teilen der eigenen Erlebnisse mit denen der anderen eine sehr stärkende Wirkung für die Teilnehmer/innen. Sie fühlten sich nicht nur durch den Wissenszuwachs der Qualifizierung gefördert, sondern auch durch das Erleben eines Wir-Gefühls. Viele lobten daher in der Auswertung die gute Gruppenatmosphäre. Die jungen Migranten/innen gingen gestärkt aus der Fortbildung hervor und zeigten sich sehr motiviert, die neuen Kompetenzen in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen anzuwenden bzw. sich neu hierfür zu engagieren.

Die Aufnahme des Themas „Diskriminierung und Handlungsstrategien“ als eigenes Modul wurde seitens der Teilnehmenden jeder Fortbildungsreihe als „Empowerment“ wahrgenommen. Verschiedene Rückmeldungen in der Erst- und Nachevaluation belegen, dass gerade dieses Modul als Stärkung auf der persönlichen Ebene gesehen wurde und nachhaltig präsent blieb. Die Projektteilnehmer/innen äußerten sich dankbar für den Raum, der ihnen zur Mitteilung und Aufarbeitung eigener Diskriminierungserfahrungen gegeben wurde. Dieser Erfahrungsraum hat wesentlich zur Stärkung ihrer Identität beigetragen und ihnen auch wichtige Informationen über die Antidiskriminierungsarbeit in Deutschland vermittelt. Es ist daher unverzichtbar, ein solches Modul in ähnlichen Projekten anzubieten, selbst wenn das Thema als Querschnittsthema immer wieder Raum einnimmt.

Generell lagen die Durchschnittsbewertungen aller Seminare bei gut bis sehr gut, was die Vorgehensweise und die Auswahl der Schwerpunkte der Fortbildungsreihen als sehr erfolgreich bestätigt.

Verbesserungswürdig ist teilweise das Verhältnis von Theorie und Praxis; die Seminarsdurchführung wurde insbesondere bei den Seminaren zu Projektmanagement und Öffentlichkeitsarbeit in den ersten beiden Projektjahren als zu theorielastig empfunden. Das Theorie-Praxis-Verhältnis der Lerninhalte war bei der Konzepterstellung zwar sorgfältig bedacht worden, trotzdem erhielt dieses Item in der Evaluation vergleichsweise schlechtere Werte. Eine verstärkte praxisorientierte Arbeit an eigenen Projekten und Arbeitsproben wäre daher eventuell zukünftig hilfreich.

Förderung von Partizipation

Das Projekt bezog die Teilnehmer/innen durchgehend aktiv in die Ausgestaltung ein, was mehrheitlich sehr positiv bewertet wurde. Viele Rückmeldungen belegen, dass es gut gelungen ist, Beteiligungskultur durch eigene Mitwirkungsmöglichkeiten erlebbar zu machen. Dies schließt einzelne kritische Stimmen nicht aus: So kam es immer wieder vor, dass Teilnehmer/innen die Partizipationskultur als störend empfanden – etwa weil sie Einzelnen Raum gab, sich (zu) stark in den Vordergrund zu stellen. Für die Mehrheit lag im partizipativen Ansatz aber eine große Ressource. Sie konnten das lebendige Erfahrungswissen direkt mitnehmen für den Alltag in ihren Organisationen. Neben der Einladung zur Mitwirkung stärkten auch die Qualifizierungsbausteine zur Selbstorganisation und Eigenvertretung die Partizipationsfähigkeit der Teilnehmer/innen. Das spezifische Modul „Empowerment für gesellschaftliche und politische Beteiligung“ aus dem ersten Jahr kann diesbezüglich als Vertiefung und impulsgebend angesehen werden – ergab sich doch hierdurch die Initiative der Teilnehmer/innen zur Gründung eines Dachverbands von Migrantenorganisationen in Ostdeutschland. Dieses Projekt wurde allein von den migrantischen Akteur/innen während der gesamten EmPa II-Laufzeit angeregt und getragen, darüber hinaus aber durch das EmPa-Team unterstützt, soweit dies der explizite Wunsch

der Akteur/innen war. Hierzu zählten insbesondere zwei Tagungen während der zweiten (29.04.2014) und dritten Fortbildungsreihe (14.10.2014). Diese brachten EmPa-Teilnehmer/innen und andere in Migrant*innenorganisationen Engagierte zum Austausch über Chancen und Herausforderungen einer Dachverbandsgründung zusammen. Als Ort für beide Veranstaltungen dienten Räume des Ministeriums für Arbeit und Soziales Sachsen-Anhalt, wodurch die gesellschaftspolitische Intention betont und das Engagement der Migrant*innen als gesellschaftliche Akteure durch die politische Verwaltung gewürdigt wurde. Die Kontinuität und das Engagement dieses Prozesses, der aktuell durch eine Arbeitsgruppe weitergeführt wird, ist ein Indiz für die starke indirekte Förderung von Partizipation durch das Projekt EmPa. Inwieweit solche eigenständig entwickelten Projekte wirklich dauerhaft nachhaltig sind, kann die durchgeführte Evaluation nicht erfassen; hierzu bedürfte es einer Langzeitstudie. In jedem Falle konnten die Inhalte gut vermittelt werden und entsprachen den Interessen und Bedürfnissen der Teilnehmer/innen in großem Maß.

Vernetzung

Die Vernetzung als ein Leitziel des Projektes wurde in allen drei Jahren in vielfacherweise gefördert und umgesetzt. Bezüglich der Teilnehmer/innen als Vertreter/innen migrantischer Organisationen lässt sich sagen, dass die partizipative und wertschätzende Gestaltung des formellen Teils wesentlich hierzu beitrug und den Austausch förderte.

Während der gesamten Projektlaufzeit wurden Kontakte vertieft sowie Wissen und Erfahrungen ausgetauscht. So kam es häufiger vor, dass eine Migrant*innenorganisation einer anderen Wissen über ein ihrerseits durchgeführtes Projekt übermittelte. Solche Ansätze wie auch die Initiative zur Gründung eines Dachverbandes von Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland sind ein eindrücklicher Beleg für die Handlungsinitiative, die die Teilnehmer/innen durch intensiven Austausch entwickelten. Neben informellem Wissensaustausch ist die positive Wirkung der gruppeninternen Vernetzung auch an der Stärkung der Ich- und Wir-

Identität der Teilnehmer/innen abzulesen. So erlebten viele die Möglichkeit, sich mit Gleichgesinnten über ihre Arbeit, aber auch über Diskriminierungserfahrungen auszutauschen als Stärkung ihrer persönlichen Identität wie auch des Wir-Gefühls von Migrant*innenorganisationen. Das Verständigen über ähnliche Probleme und Herausforderungen in der eigenen Integrationsarbeit war ein wesentlicher Bestandteil der Empowermentstrategie.

Dieser informelle Prozess war kein Gegenstand der formellen Evaluation, zeigte sich aber in vielfachen Rückmeldungen wie mündlichen Auswertungen deutlich als positiver Indikator der Teilnehmerzufriedenheit und als ein wesentlicher Erfolg von EmPa II.

Die Vernetzung mit Akteuren der Mehrheitsgesellschaft war Leitziel und Querschnittsaufgabe während des gesamten Projektes und wurde auf mehreren Ebenen verfolgt. Gezielte Maßnahmen zum Austausch wie etwa die Tagungen mit den Integrationsakteuren der Mehrheitsgesellschaft haben erheblich zur Vernetzung der teilnehmenden Organisationen beigetragen. Darüber hinaus war Vernetzung als wichtige Aufgabe immer wieder Gegenstand der Seminare. Auch wenn die Förderung von Vernetzung im Projekt nicht explizit ausgewertet wurde, so belegen viele mündliche wie schriftliche Teilnehmerrückmeldungen, dass das Seminar- und Projektsetting förderlich wirkten und wesentlich für eine langfristig angelegte Netzwerkarbeit sensibilisierten.

Nachhaltigkeit und Praxistransfer

Bezüglich der Wirkungsdauer der Arbeit und der Nachhaltigkeit des Projektes lassen sich zum derzeitigen Zeitpunkt und mit den verfügbaren Evaluationswerkzeugen nur schwer belegbare Aussagen treffen. Aus den Evaluationen und Eindrücken der einzelnen Jahre kann man aber tendenziell zeitnahe nachhaltige Wirkungen ableiten. Bezüglich der Qualifikationsinhalte betreffen diese wesentlich den Transfer des Wissens zum Projektmanagement: Hier engagierten sich viele Teilnehmer/innen in der zweiten Hälfte des Projektjahres weiter intensiv mit dem Ziel konkrete Projekte zu entwickeln, die nach Projektende realisiert werden sollten.



Neben der Entwicklung von Projekten für die eigene Migrantenorganisation ist die bereits erwähnte Arbeitsgemeinschaft zur Gründung eines Dachverbands von ostdeutschen Migrantenorganisationen anzuführen, die als eigenständige Initiative seitens der Teilnehmer/innen aus dem Projekt heraus entstand und am Ende der dritten Fortbildungsreihe losgelöst vom Projekt weitergeführt wird. Hier zeigt sich somit eine klare nachhaltige Wirkung, die den Praxiserfolg von EMpa für die Initiierung gelebter Beteiligung eindrücklich belegt.

Weiterhin kann man eine gewisse Nachhaltigkeit hinsichtlich der Vernetzung der Teilnehmer/innen untereinander erkennen. So haben sich viele Kontakte während der Fortbildung so intensiviert, dass sie eine große Chance haben, nach Projektende weiterbestehen zu können.

Eine grundsätzliche Herausforderung bzgl. der Nachhaltigkeit des gewählten Projektdesigns stellt der Wissenstransfer in den Migrantenorganisationen dar. Die hohe, durch Ehrenamtsstrukturen bedingte Personalfuktuation erschwert einen nachhaltigen Wissenstransfer bzw. führt nicht selten zum Zusammenbruch mancher Arbeitsbereiche. Der Aspekt der Sicherung des vorhandenen Wissens in den Migrantenorganisationen, die Form der Weitergabe von Wissen und Fähigkeiten von den ausgebildeten Multiplikator/innen an weitere Vereinsmitglieder sollte daher in entsprechenden Projekten als ein Schwerpunkt berücksichtigt werden. Gleichzeitig kommt die Projektlogik hier an Grenzen, insofern sie nicht auf dauerhafte Strukturen von Migrantenorganisationen zurückgreifen kann.

